

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnements 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1889 unter Nr. 866.)

Für das Ausland: Täglich unter Kreuzband durch unsere Expedition 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Zur Bergarbeiter-Debatte im Reichstag.

Necht bedeutungsvolle Debatten waren es, die in den Reichstags-Sitzungen vom 3. und 4. d. M. gepflogen wurden. Es handelte sich um den Antrag der freisinnigen Partei, betreffend die Abschaffung der obligatorischen Arbeitszeugnisse für erwachsene Bergleute.

Bezüglich dieser Zeugnisse liegen thatsächlich und gesetzlich die Dinge wie folgt. Während die für alle sonstigen Industriearbeiter geltende Gewerbeordnung den Arbeitszeugniszwang für Erwachsene seit 1869 gänzlich aufgehoben und dies ausdrücklich mit dem Widerwillen der Arbeiter gegen die Einrichtung begründet hat, während also in allen sonstigen Gewerben nur für jugendliche Arbeiter gewisse Legitimationen gesetzlich vorgeschrieben sind, welche lediglich die genaue Durchführung der Schutzbestimmungen für diese jugendlichen Arbeiter erleichtern sollen, befinden sich die Bergleute thatsächlich in eine Ausnahmestellung, und zwar nicht bloß in Preußen, sondern auch in Sachsen u. s. w. Nach dem preussischen Berggesetz ist jeder Bergwerksbesitzer verpflichtet, (nicht bloß berechtigt) dem austretenden Bergmann ein Zeugnis auszustellen, und er darf ferner neue Bergarbeiter, von denen ihm bekannt ist, daß sie schon früher beim Bergbau beschäftigt waren, nicht eher annehmen, bis von ihnen das oben erwähnte obligatorische Zeugnis des früheren Arbeitgebers vorgelegt ist.

Das ist also in der That der gesetzliche Arbeitszeugniszwang für Erwachsene in optima forma, so wie er in keinem anderen Gewerbe mehr besteht.

Mit diesen Zwangszeugnissen sind erwiesenermaßen seitens der Bergwerksbesitzer, ihrer Betriebsleiter und sonstigen Beamten die unerhörtesten Mißbräuche getrieben worden, so besonders während der letzten Monate in Westfalen. Es wurden sehr viele Fälle bekannt, daß Streik-Delegirte und sonstige Bergleute, die sich durch ihr Eintreten für ihre und ihrer Kollegen gerechte Sache „mißliebige“ gemacht hatten, mit den besten Arbeitszeugnissen in der Hand nirgends Arbeit fanden. Sie waren förmlich in Verzug erklärt; ein Betriebsführer selbst hat sich darüber kürzlich dahin ausgesprochen, daß ein gewisser Zusatz auf den sogenannten Ablehrscheinen, bezw. im Arbeitsbuch über gute Führung und Grund der Entlassung oder des freiwilligen Abganges die Formel sei, mit welcher die Verwaltungen mißliebige Bergleute ächten und ihnen die Wiedererlangung von Arbeit und Verdienst in ihrem Verufe unmöglich machen. Weiter wurde festgestellt, daß das Offenlassen einer bestimmten Textstelle im auszufüllenden Arbeitsformular zu demselben „menschenfreundlichen“ Zwecke benutzt wurde.

Diesen unerhörten, auf die vollständige Unterwerfung der Bergleute unter die Willkür der Verwaltungen gerichteten Mißbräuchen will der erwähnte Antrag ein Ende dadurch machen, daß er die Bergleute einfach den übrigen Industriearbeitern gleichstellt, sie nicht mehr dem Arbeitszeugniszwang des Berggesetzes unterwirft, sondern den Bestimmungen der Gewerbeordnung, nach welcher nur jugendliche Arbeiter bis zum 21. Lebensjahre gewisser Legitimationen bedürfen, Erwachsene aber von jedem Arbeitszeugniszwang befreit sind.

Die Absicht des Antrages also ist zweifelsohne eine gute. Die lartellparteiliche Presse allerdings hat sich alle Mühe gegeben, ihn als „vollständig zweck- und gegenstandslos“ dem Philistertum zu schildern. Wie eine Löwin ihre Jungen verteidigt, so gingen besonders die Organe der westfälischen Grubenbesitzer im schönen Bunde mit nationalliberalen und direkt gouvernementalen Blättern für die Beibehaltung der sogenannten Ablehrscheine der Bergleute ins Gefecht. Die mittelst dieser Scheine von den Unternehmern über die Arbeiter geübte Kontrolle muß doch großen Wert für die ersteren haben! Daß man sich dabei um die Erbitterung nicht kümmert, welche in der letzten Streikbewegung und gegenwärtig noch gerade wegen der Verurteilung mißliebiger und unbequemer Arbeiter durch jene Zwangszeugnisse hervorgerufen wurde, ist selbstverständlich. Die Herren, deren Mund in ihren Wahlreden von sozialreformatorischer Arbeiterfreundlichkeit trief, haben in der geschäftlichen Praxis, wo sich's um die möglichste Ausnützung der Arbeiter und deren Unterwerfung unter die kapitalistischen Interessen handelt, ihre eigenen Grundzüge.

Das kam auch in den Reichstagsdebatten so recht deutlich zum Ausdruck; auch da wurde die geradezu hinterlistige und unehrliche Art und Weise, in welcher die nationalliberalen Kämpen die Bergwerksbesitzer und Verwaltungen in Schutz nehmen, sehr bezeichnend. Während die Abgeordneten Schmidt-Eberfeld, Frohme, Stöpel u. unwiderlegbare Beweise dafür erbrachten, daß mit den Ablehrscheinen ein geradezu schandbarer Verurteilungsunfug getrieben wird, hatten die nationalliberalen Herren Deuschner, Klein, Hammacher und Paarmann, als Verfechter der Sonderinteressen der Bergwerksbesitzer, den gewiß nicht neidenswerthen Muth, alle jene Beweise als nichts beweisend zu behandeln, ja selbst die Rechtheit der Beweisstücke (ausgefüllte Ablehrscheine und Bücher im Original) anzuzweifeln. Dazu ergingen sie sich „in Ermangelung jeder ehrlichen Waffe“, wie der Abgeordnete Frohme mit Recht bemerkt, in bekannten absondern und abgedroschenen Beschuldigungen gegen die Sozialdemokratie und die ultramontane Presse. Red und unerschrocken, wie diese absonderlichen „Ordnungsfreunde“ nun einmal sind, behaupteten sie, daß die Behandlung und Bejahung

der westfälischen Bergleute eine bessere gar nicht sein könne, daß Verurteilungserklärungen mittelst der Arbeitszeugnisse niemals vorgekommen seien und daß es denen, die solche Mißbräuche behaupten und die Lage der Bergleute „in den schwärzesten Farben“ schildern, nur darauf ankomme, diese Arbeiter „anzufrieden“ zu machen und gegen die Unternehmer „aufzuheben“.

Die Herren haben damit das Gegentheil von dem erreicht, was sie erreichen wollten! Wer so rücksichtslos der Wahrheit in's Gesicht schlägt und die Thatsachen auf den Kopf stellt, wie sie es in den zweitägigen Reichstagsdebatten gethan haben, der darf sich darüber nicht wundern! Nicht beruhigt haben sie die aufgeregten und grollenden Bergarbeiter, sondern deren Aufregung und Groll gesteigert, indem sie das an denselben erwiesenermaßen begangene schwere Unrecht einfach leugneten und die Schuld an der Arbeitseinstellung den Arbeitern aufzubürden versuchten. Eine solche Praxis nützt denen, die im Rechte sind, den Arbeitern. War schon vorher die öffentliche Meinung den Bergleuten günstig, so wird sie unter dem Eindruck der neuesten parlamentarischen Leistungen der nationalliberalen Vertheidiger der Bergwerksbesitzer-Interessen noch günstiger sich gestalten.

Politische Uebersicht.

Die bereits angekündigte Interpellation, die von dem demokratischen Abgeordneten Müller, Schmitt und Vogelbach im badischen Landtage eingebracht wurde, hat folgenden Wortlaut:

Willigt die Großh. Regierung die dem Reichsgesetze gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 und dem badischen Gesetze vom 21. November 1867 das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend von den Polizeibehörden zu Teil gewordene Anwendung,

oder ist die Großh. Regierung geneigt, die Polizeibehörden mittelst einer an diese zu erlassenden Weisung zu einer gesetzmäßigen Handhabung der betr. Gesetze anzuhalten. Wir werden insbesondere folgende Fälle zur Sprache bringen:

1. Verbot einer Wahlversammlung der Arbeiterpartei in Bruchsal vom 30. Januar 1887.
2. Verbot zweier Wahlversammlungen der Arbeiterpartei in Ulm und Weiler, Amt Bruchsal, vom 2. Februar 1887.
3. Verbot einer solchen in St. Georgen-Uffhausen vom 2. Februar 1887.
4. Verbot einer solchen in Rüppur vom 6. Februar 1887.
5. Auflösung einer demokratischen Volksversammlung in Mühlburg vom 6. Februar 1887.
6. Verbot einer Wählerversammlung der Arbeiterpartei in Görrach vom 18. Februar 1887.
7. Verbot der sämtlichen sozialdemokratischen Wähler-

schöpfen und sich auszuruhen; aber gleichzeitig fragte sie sich bang, was denn oben passiert sein mochte? Ueber und unter ihr athmeten die Männer schwerer; dieses unaufhörlich wiegende Steigen theilte ihnen einen dumpfen Schwindel mit und ein Gefühl wie Uebelkeit überkam sie. Rätchen meinte, sie müsse ersticken, es reizte sie nervös, wenn ihr Körper fortwährend an die Wände anstieß; dabei fror sie, denn das kalte Wasser regnete jetzt so heftig herab, daß fast die Lampen erlöschten.

Schon ein paar Mal hatte Chaval ihr zugerufen, ohne eine Antwort zu erhalten. Was trieb sie denn, war ihr die Zunge in den Schacht hinuntergefallen, daß sie nicht einmal ein Lebenszeichen geben konnte? Bereits eine halbe Stunde währte der Aufstieg; doch so schwer und träge war es gegangen, daß sie erst bei der neunundfünfzigsten Leiter waren. Noch dreißig! Rätchen antwortete endlich auf Chaval's wiederholten Ruf mit lallender Stimme, es fehle ihr nichts; denn er hätte sie wieder geschimpft, wenn sie ihm eingestanden, wie matt sie sich fühle. Das lantige Geseh der Sprossen mußte ihr die Fersen aufbrechen haben; sie hatte die Empfindung, als säge man ihr die Fußhohlen bis auf die Knochen entzwei. Jeden Augenblick fürchtete sie, ihre steif und unempfindlich gewordenen Finger möchten verfangen und sie würde rücklings hinab stürzen; doch am meisten litt sie von der Steilheit der Leitern, welche sie zwang, sich förmlich hinaufzuziehen und den Leib eng an die Sprossen zu lehnen.

Das Athmen der Kletternden überdönte jetzt das Geräusch der Füße: Wie ein immenses Röcheln stöhnte es empor, bis es oben verhallte. Man vernahm einen Schrei: Ein Junge hatte sich an einem großen Splitter den Kopf verwundet.

Und Katharina kletterte weiter. Jetzt fiel kein Wasser mehr herab, aber die dicke, feuchte Kellerluft, die nach altem Eisen roch und nassen Holz, benahm ihr den Athem. Sie zählte mechanisch: einundachtzig, zweiundachtzig, dreiundachtzig, noch neunzehn! Unmöglich konnte sie es aushalten

Feuilleton.

Germinal.

Sozialer Roman von Emile Zola.

Einzig autorisierte Uebersetzung von Ernst Diegler.

Jede Leiter stand auf einem schmalen Absatz, der die ganze Breite des Raumes einnahm und in welchem ein vier-eckiger Ausschnitt gerade die Schultern der Aufsteigenden durchließ. Dieser nasse Schlauch sieg siebenhundert Meter steil empor; ein starker Mann brauchte fünfundzwanzig Minuten, um die Miesenleiter zu erklettern; auch diente sie nur in Ausnahmefällen oder bei einem Unglück.

Katharine begann tapfer zu steigen. Ihre nackten Füße waren gewohnt, über die spitzen und scharfen Kohlenstücke in den Rollwegen zu marschieren, darum thaten sie ihr auf den eisenschlagenden kantigen Sprossen nicht weh, und auch ihre hart gearbeiteten Hände klommen ohne Schwierigkeit daran empor. Ja, dieser plötzliche Aufstieg zerstreute sie; es riß sie aus ihrem kummervollen Sinnen, wie sie sich so, je drei auf einer Leiter, lempor wanden, gleich einer riesengroßen Schlange, deren Kopf schon oben sein wird, wenn der Schweiß sich noch in einem Knäuel unten auf der hölzernen Brücke windet. Aber noch waren sie nicht so weit; die Vordersten mochten sich kaum im ersten Drittel des Schachtes befinden. Niemand sprach. Die Füße kletterten mit einem dumpfen Geräusch, und die Lampen schoben sich häßlich empor, in einer jede Sekunde sich verlängernden Linie.

Hinter sich hörte Rätchen einen Jungen zählen und ihr kam der Gedanke, dasselbe zu thun. Sie hatte schon fünfzehn Leitern hinter sich. In demselben Augenblick stieß sie an die Beine Chaval's; dieser schaute und schalt: Konnte sie denn nicht Acht geben? Aber plötzlich stockte die ganze

Kolonne. Was giebt? Was ist vorgefallen? Jeder fand wieder seine Sprache; alles rief laut das enge Rohr hinauf.

Die Vorderen waren besonders beunruhigt; die Unge-wißheit, was ihrer oben war, schnürte ihnen die Brust zusammen. Eine Stimme schrie, man werde wohl wieder hinabsteigen müssen, die Leitern seien gebrochen. Dies war die große Angst, welche sie alle befangen hielt. Eine andere Erklärung lief von Mund zu Mund die lebende Säule hinab: Ein Mann sei gestürzt. Man wußte nichts Genaues, Rufe kreuzten sich auf und nieder. Wir man hier über Nacht bleiben? Auf einmal, ohne daß man etwas erfahren, setzte sich der Zug wieder in Bewegung, mit demselben langsam schaukelnden Wiegen, dem Schaben der Füße an den Sprossen, und dem hüpfenden Aufstieg der Lampen. Die zerbrochenen Leitern mußten wohl erst höher anfangen!

Als Rätchen zweiunddreißig zählte, fühlte sie ihre Arme und Beine starr werden. Es hatte mit einem Picken und Prideln unter der Haut begonnen; nun zog ein müder Schmerz durch alle Glieder; sie fühlte nicht mehr das eisenschlagene Holz unter ihren Füßen, noch in den Händen; ihren ganzen Körper durchdrang es wie eine Betäubung. Dabei fiel ihr ein, wie der Großvater Bonnemort erzählt, daß die Fahrten früher, als es in Montsou noch keine Aufzüge gab, nicht wie heute in dem schützenden Holzverschlag, sondern frei gingen. Zehnjährige Mädchen mußten auf ihren Achseln da hinauf, die Kohle aus der Grube tragen, so daß, wenn eine ausglitt, oder wenn selbst nur ein Stück Kohle auf sie herabrollte, zuweilen drei oder vier mit dem Kopfe voran in den Schacht stürzten. Heute konnte man wenigstens nur ein paar Meter tief bis zum nächsten Absatz fallen. Und doch erschreckte sie diese Geschichte und beklammte ihr förmlich die Brust, während ihre Muskeln ein unerträglicher Krampf umspannte und sie sich leise gestand, daß sie nie und nimmermehr im Stande sein werde, bis oben hinauf zu steigen.

Dreimal erlaubten neue Störungen ihr Athem zu

- Sammlungen im 10. Reichstagswahlkreis Karlsruhe-Bruchsal.
8. Auflösung einer Wahlversammlung in Rastatt am 20. Februar 1889, als Herr M. Fürsheim aus Baden sprach.
 9. Verbot einer von Herrn M. Fürsheim in Baden anberaumten Wahlversammlung.
 10. Auflösung der von der demokratischen Partei Mannheims am 14. Februar 1887 in Mannheim veranstalteten Wahlversammlung.
 11. Auflösung der von der demokratischen Partei Mannheims am 10. Februar 1887 in Ostersheim veranstalteten Wahlversammlung.
 12. Verfügung des Gr. Bezirksamts Weinheim vom 17. Februar 1887 über das Verbot der Wahlversammlungen, in welchen Rechtsanwalt Kohn aus Dortmund das Wort ergreifen will.
 13. Auflösung einer Versammlung in Ralsch vom Februar 1887 (Referent: Apotheker Luz in Baden).
 14. Verbot einer öffentlichen Versammlung vom 29. August 1887 durch das Gr. Bezirksamt Offenburg (Thema: „Ueber die allgemeine und wirtschaftliche Lage“. Ref.: Herr W. Bloss aus Stuttgart).
 15. Auflösung einer Arbeiterversammlung vom 8. Dezember 1887 in Freiburg.
 16. Verbot einer Versammlung vom 11. Dezember 1888 in Mannheim (Thema: Die Alters- und Invalidenversicherung).
 17. Verhaftung Transportirung und Einsperrung des Out-machers Lanz in Offenburg am 6. Januar in Oberkirch, als er mit sozialdemokratischen Stimmzetteln und nicht verbotenen Flugblätter durch das Bürgermeisteramt von Sand Anfangs Januar 1889.
 18. Verhaftung und Transportirung (nach Rehl) von drei Wahlzettelausträgern durch die Gendarmen in Rork Anfangs Januar 1889.
 19. Verbot einer Versammlung am 1. Januar 1889 in Oberkirch, desgleichen einer solchen vom 2. Januar 1889 in Ottenberg.
 20. Auflösung einer Wahlversammlung in Offenburg vom 10. Januar 1889.
 21. Verbot einer öffentlichen Tischlerversammlung im Sommer 1889 in Heidelberg. (Thema: Der internationale Gewerkschaftskongress und seine Bedeutung).
 22. Auflösung einer Zusammenkunft von Offenburgern Arbeitern am 6. Juni 1889.
 23. Verbot des Vereins für volkshumliche Wahlen für Pforzheim und Umgegend vom 24. Juni 1889.
 24. Verbot einer Versammlung in Baden vom 3. August 1889 (Thema: Berichterstatter über den Pariser internationalen Arbeiterkongress. Berichterstatter: Apotheker Th. Luz aus Baden).
 25. Vermerk der Verlesung, welche gegen dieses Verbot eingelegt wurde durch den Gr. Landeskommisär für die Kreise Karlsruhe und Baden (20. August 1889).
 26. Verbot der Nr. 90 des Südwestdeutschen Volksblattes vom 4. August 1889.
 27. Verbot der Versammlung vom 24. August 1889 in Freiburg. (Thema: Die Lebensbedingungen des arbeitenden Volkes. Redner: Th. Luz aus Baden).
 28. Verbot der Volksversammlung in Karlsruhe am 7. September 1889.
 29. Verbot einer Versammlung in Karlsruhe am 20. September 1889. (Thema: Blicke in das Jahrhundert vor der französischen Revolution).
 30. Verbot der Nr. 118 des Südwestdeutschen Volksblattes in Offenburg vom 10. Oktober 1889.
 31. Verbot der Metallarbeiterversammlung vom 16. Oktober 1889 in Karlsruhe. (Thema: Die schlechte Lage der Metallarbeiter).

Sursankratishes. Der Stuttgarter „Beobachter“ hat ein Schreiben des früheren Oberamtsrichters von Riedlingen (jetzt in Baden) veröffentlicht, aus welchem hervorgeht, daß der Dienstaufsicht führende Oberamtsrichter gerichtliche Listen zu Wahlzwecken benutzt hat. Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Das ist ein ungeheurer Gebrauch, das ist ein Mißbrauch der Amtsbefugnisse. Auch das ganze agitatorische Auftreten von Gerichtsbeamten und vor Allem die Verabredung von Wahlmännern in Schreiben, in welchen der Oberamtsrichter den Amtsnotar um Uebersendung von Pflanz- und Güterbuchprotokollen, sowie von Pflanzregnungen amtlich auffordert, verdient den schärfsten Tadel. Wir fordern den Justizminister auf, unverzüglich einzuschreiten und dem öffentlichen Rechtsbewußtsein Genugthuung zu geben.“

Der Achtundentag. Die Zeitschrift, deren Gründung auf dem Pariser Arbeiter-Kongress beschlossen wurde, wird nun, nachdem alle Hindernisse aus dem Wege geräumt sind, ins Leben treten. Die erste Nummer wird im

Laufe der nächsten Woche herauskommen; vor Weihnachten erscheint noch eine zweite Nummer, und von Neujahr an wird dann die Veröffentlichung ganz regelmäßig erfolgen. Die Gegner, welche schon zu spotten begannen und den „Achtundentag“ für ein todgeborenes Kind erklärten, werden sich wieder einmal um eine Hoffnung betrogen sehen.

Stanley und Emin Pascha sind, wie ein Wolffsches Telegramm aus Sanitar meldet, am Mittwoch in Bagamono eingetroffen.

Ferner liegen in London noch Briefe Stanley's und Jephson's vor. Stanley's Brief ist vom 8. September 1888 datirt. In demselben wird neben einigen interessanten Mittheilungen über geographische Entdeckungen bezüglich Emin's bemerkt, daß Stanley denselben in einer schlimmeren Lage gefunden habe, als er erwartete. Emin und Casati hatten viel unter der Feindschaft Kabba Regas, des Königs von Unyoro, zu leiden. Derselbe ließ Casati ausleiden, an einen Baum binden und überließ ihn dann seinem Schicksale in der Wüste; Casati wurde schließlich von Emin gerettet, aber mit Verlust seiner Tagebücher und Memoiren. Stanley lobt sehr die von ihm eingeschlagene Route längs des Nilflusses; ein Versuch, zu Emin von der Ostküste aus zu gelangen, würde mit der Ausbreitung der dort Expedition geendet haben. In den von Albert Nyansa-See datirten Briefe Jephson's wird mitgeteilt, daß die Revolution unter Emin's Leuten in Dufilé am 15. August vorigen Jahres ausbrach, weil die Offiziere und Soldaten der Randmachung Stanley's, das Chartum gefaßt sei, nicht Glauben schenken wollten. Emin und Jephson wurden drei Monate lang gefangen gehalten. Während dieser Zeit schwebte Emin's Leben wiederholt in Gefahr. Es folgt alsdann eine Schilderung über die Kämpfe mit den Nubien. Nach dem Falle von Dufilé flüchteten Emin und Jephson nach Tanguru und wurden deswegen zum Tode durch den Strang verurtheilt. Dort langten nach mehreren Monaten Briefe Stanley's, seine Ankunft in Kavaliti meldend, an, wohin sich Jephson auf Stanley's Weisung allein begab.

Die Essener Zechenverwaltungen werden nach der „Köln. Ztg.“ die Forderung der Sonntagsversammlung der Essener Bergleute auf Wiederanstellung der gemahregelten Bergarbeiter übereinstimmend ablehnen. Die Zechenverwaltungen bestehen dabei auf dem Standpunkte, daß es sich nur um sehr wenige Bergarbeiter handelt. Die Zechenverwaltungen behaupten, daß die Arbeiter, um die es sich handelt, wegen ihrer Unbotmäßigkeit nach dem Auslande gemahregelt worden sind, und daß ihre Wiederanstellung zu großen Gefahren für das Bergwerk und ihre Mitarbeiter führen müsse. Bei den Gefahren des Bergbaubetriebes sei eben eine strenge Disziplin unermesslich.

Gamberg, 3. Dezember. Ueber die schon erwähnten Bamberger Vorgänge entnehmen wir dem „Bamb. Volksbl.“ noch folgenden ausführlichen Bericht:

Im Herbst waren bekanntlich viele Lehrer zu längerer Abwesenheit eingezogen worden. Zu den beiden Abteilungen — so berichtet nun genanntes Blatt — der Lehrer wurden als Offiziere zwei Lehrer eöhme kommandirt, die Premierlieutenant W. und G., letzterer eöhme Sekondlieutenant beim 1. Ulmer Bataillon. Herr Premierlieutenant G. scheint sich nun auf dem Exerzierplatze mit Vorliebe harter Rekrutausbrüche zu bedienen. Das oben bezeichnete Blatt berichtet darüber, wie er unter anderem gesagt habe: Bei der ersten Feldübungsübung nach Wildensorg: „Bei der Predigt eures Paffen könnt Ihr von mir ausschlafen, denn ob die überhaup einen Werth hat, bezweifle ich; meine Worte haben dagegen einen großen Werth, wenn diese nicht befolgt werden, so kostet's Menschenblut.“ — Sehr oft kamen die Worte: „Sie sind auch einer von denen, die nur thun, was Ihr Pfaff sagt.“ — „Das ist auch ein Reichthumswähler, der nur dem Paffen seinen Fettel hinträgt und sich um die andern nichts kümmert!“ — Beim ungenügenden Aniederdrücken: „Ich glaub', Sie sind auch gut katholisch.“ — Ferner, aus einer anderen Tonart: „Das muß ich zur Ehre der Schullehrer sagen, daß in der Schule weiter nichts gelernt wird, als wie der Katechismus, die Geschichte von der lewischen Susanna und die drei Jünglinge im Feuerofen!“ — „Es sind halt immer die Schullehrer. Die Schullehrer und die Einjährig-Verdungen immer die ganze Geschichte. Die dünken sich den Kopf voll Wissen und beim Exerzieren stellen sie sich saubumm, die Sakramenter; der Teufel soll sie lothweis holen!“ — Zum Lehrer Greuel: „Wie heißen Sie? Ja, Sie sind wirklich ein Greuel.“ — Zum Lehrer Fischer: „Wollen Sie laufen, der Teufel soll Sie reiten! Sie Sauhund!“ — Zum Präparandenlehrer Kraus: „Sie können ein geheimer Mensch sein, Sie können meinethwegen Professor werden, aber vom Exerzieren verstehen Sie so viel, wie die Sau vom Flötenspiel!“ — Während der Vorlesung bei der Schanze, wo vor Erschöpfung mehrere Lehrer stehen blieben und nicht gleich fürchten: „Die Schullehrer! Hab' ihnen alle Begünstigung gewährt und haben's nicht verdient, die Gesellschaft!“ — „Daß die Schullehrer außer Renage wollen, damit bin ich nicht einverstanden, denn die Renage ist sehr gut und können auch die Schullehrer essen. Auf den Bauernnestern werden sie gewiß viel schlechteres Fleisch oder oft gar keines zu

geußt und Herrn Hennebeau unterrichtet; ein Grubenmädchen schwor sogar, daß sie des Direktors Diener gesehen, wie er eine Depesche zum Telegraphenamt getragen. Die Arbeiter hallten die Fäuste und warteten hinter den Jalousien versteckt auf die bewaffnete Nacht, während der Tag sich dämmernd erhob.

Erst um halb acht Uhr, als schon die Sonne aufgegangen war, erfuhr man, daß es nichts sei; der Präsekt von Lille hatte, wie er es schon mehrmals seit Ausbruch der Streiks gethan, eine militärische Ronde beordert. Die Arbeiter haßten diesen Beamten, dem sie vorwarfen, daß er sie mit dem Verprechen, zwischen ihnen und der Regie vermitteln einwirken zu wollen, getäuscht habe, während er in Wirklichkeit nichts für sie thue. Die Dragoner und Gendarmen ritten durch die Kolonien; die harte Erde widerhallte von den Hufen ihrer Pferde; und die Grubenleute riefen sich in's Häufchen und lachten den Präsekten aus, der gerade, wenn's anfängt loszugehen, seine Soldaten heimkommen läßt. Bis neun Uhr blieben die Arbeiter ruhig; manche traten vor ihre Häuser und blickten den letzten Reitern nach. Die Einwohner von Montsou schloßen noch um diese Stunde. Vor der Direktionsvilla war Frau Hennebeau eben in ihrem Landauer aufgebrochen, um Cäcilien abzuholen; während ihr Mann in seinem Zimmer arbeitete. Keine Grube war militärisch bewacht. Wie so oft in Augenblicken größter Gefahr die ärgsten Fehler gemacht werden, beging die Behörde auch hier eine jener verhängnißvollen Unvorsichtigkeiten, die fast allen Katastrophen vorangehen. Punkt neun Uhr brachen die Kohlenmänner zum gestern bestimmten Rendezvous, zum Walde von Vandame aus, wo schon ungefähr hundert Männer, die bereits vor Tagesgrauen die Dörfer verlassen hatten, sie erwarteten.

Aber Stephan sah bald, daß er nicht auf die dreitausend Theilnehmer der Versammlung des Vorabends werde rechnen können; denn viele glaubten die Sache verschoben. Dessen ungeachtet meinte er, sich an die Spitze Derer stellen zu müssen, die sich eingefunden; denn es fehlte an Zeit, einen anderen Tag zu bestimmen und er fürchtete, daß die Kameraden ohne seine Führung die gemeinsame Sache kompromittiren möchten. Er suchte Souvarine in seinem Zimmer

essen haben. Ueberhaupt sind die Vermögensverhältnisse der Schullehrer nicht derartig, daß sie in den Wirthshäusern Geld springen lassen können.“ Wir fügen — so schließt genanntes Blatt seine Betrachtungen — nur noch bei, daß nicht nur der Vater des Herrn Premierlieutenant Lehrer ist, sondern daß auch zwei seiner Brüder dem Lehrerkollegium angehören, wovon der eine Schulmeister in Breitenbüsch und der andere Schullehrer in Peulendorf ist.

Essen, 4. Dezbr. Ueber die kürzlich Bergarbeiter-Versammlung, welche am Sonntag Freitagabend, liegen jetzt ausführlichere Berichte vor, aus denen zu erhellen ist, daß die Atmosphäre der Streikzeit wieder völlig die Verarmung befeuchtete und es nur mit Mühe gelang, die Proklamirung des Streiks zu verhindern. Es wurde konstatiert, daß im Essener Bezirk noch 20 Bergleute infolge der von den Zechen festgehaltenen Arbeiterliste keine Arbeit erhalten können. So gab z. B. der Bergmann Besau-Altenessen an, er habe beim Betriebsführer um Arbeit angefragt, doch habe ihm dieser gesagt, er könne zwar Leute gebrauchen, aber ihn nicht. Dar die Verarmung schon von vornherein eine erregte, so wurde sie es noch mehr durch die Verarmung solcher Beispiele. Die Redner, welche zum Frieden mahnten, wurden fortwährend durch Zwischenrufe unterbrochen, aus denen hervorging, daß die Arbeitseinstellung schon für den 2. Dezember erwartet wurde. Schließlich behielten die ruhigeren Elemente, obwohl sie in der enstchiedenen Minorität waren, doch die Ueberhand, besonders deshalb, weil aus einer Unterredung von Delegirten mit Dr. Ratopp geschlossen wurde, daß doch noch ein Ausgleich möglich sei. Zum Schluß wurde folgende Depesche an den Centrums-Abgeordneten Sidel gefandt:

Die heute von 3000 Bergleuten besuchte Versammlung wählte eine Kommission von 7 Mitgliedern, welche als legitime Mittel, den Frieden zu erlangen, mit Herrn Dr. Ratopp und einer Kommission der Bergwerksbesitzer über die völlige Aufhebung der Sperre unterhandeln soll. Eine Versammlung am nächsten Sonntag soll dann das letzte Wort in dieser Angelegenheit sprechen. Es bedurfte namentlich des Eingreifens der Gemahregelten, diesen Antrag zur Annahme der sehr erregten, anfangs zum Streik geneigten Versammlung zu bringen.

Im Auftrage: A. Fischer, Vorsitzender.

Die Aussichten auf eine Verständigung sind aber inzwischen schon wieder getrübt worden. Der Bergmann Margraf, dem es hauptsächlich durch seine Berufung auf seine Unterredung mit Dr. Ratopp zu danken ist, daß am Sonntag der Streik nicht proklamirt worden ist, konstatierte nämlich gestern in einer öffentlichen Erklärung, daß die Friedensausichten „bedeutend geringer geworden“. Nach der Sonntags-Versammlung in Essen fand nämlich zwischen den Arbeiter-Delegirten Fischer und Böder, sowie Dr. Ratopp eine Unterredung statt, wobei Dr. Ratopp erklärte, daß die Zechenbesitzer, resp. die Verwaltungen wohl nicht geneigt sein würden, durch eine Kommission ihrerseits mit Kommissions-Mitgliedern der Bergleute zu verhandeln.

Bresden, den 4. Dezember. Die Interpellation der Sozialdemokraten, betreffend den Vorkost gegen die Sozialdemokraten und dessen Unterstützung durch die Abgeordneten, stand als erster Punkt auf der heutigen Tagesordnung der zweiten Kammer. Zu einer Debatte kam es aber nicht — nicht einmal zu einer Begründung der Interpellation. Der Herr Staatsminister von Kottitz-Wallwitz erklärte nämlich, die Interpellation nicht beantwortet zu wollen, weil die einschlägige Frage jetzt den Berichten vorliege und der gerichtlichen Entscheidung nicht vorgegriffen werden könne. Da sich nun außer den 7 Sozialdemokraten nur noch 2 Kammermitglieder: die Fortschrittler Kirchbach und Thürmann für eine Diskussion erhoben, und also das Minimum von zehn Stimmen nicht erreicht war, so mußte die Besprechung unterbleiben. Die Sozialdemokraten haben aber sofort eine neue Interpellation eingebracht, und sollte auch auf diese die Antwort verweigert werden, so wird die Vorkostbewegung der sächsischen Ordnungsparteien nach dem Verhalten der sächsischen Behörden dieser Bewegung gegenüber in einer andern Form, falls der der Interpellation zur Beachtung gelangen. Die Todtschweig-Taktik wird um jeden Preis vertrieben werden.

Aus Sachsen, 2. Dezember. Wir haben bereits gemeldet, daß die Kartellparteien unseres Landes die „Verständigungsvorschläge“, die ihnen von Seiten der „Antisemiten“ gemacht worden waren, kurzer Hand zurückgewiesen haben. Die Antisemiten verlangten u. A. daß Herr Dr. Götz, der Kandidat für Leipzig-Land, preisgegeben werde; sie haben ihn wegen seines Austritts gegen die Antisemiten in den österreichischen Turnvereinen auf den Inhaber gesetzt. Jetzt erklären sie in Briefen an die Kartellparteien, sie würden ihre eigenen Wege gehen und namentlich in Leipzig-Land durch einen Kandidaten ihrer Farbe die Sicherheit des Durchfalls des Bruders Götz erhöhen. Zum Schluß aber kommt etwas Interessantes, da heißt es nämlich:

„Die Erfolglosigkeit unserer diesmaligen Anknüpfungsbemühungen wird uns nicht davon abhalten, kurz vor dem Wahltermine der nationalliberalen Parteileitung in Leipzig

auf, um dessen Rath zu erbitten. Der Russe antwortete, zehn entschlossene Männer vermöchten oft mehr, wie ein ganzer Haufe; dann weigerte er seine unterbrochene Leistung fort, indem er sich weigerte, an der Manifestation Theil zu nehmen; das er wieder was Rechtes; das Einfachste wäre gewesen, ganz Montsou in Brand zu stecken. Uebrigens versprach er, nachzukommen, wenn es Ernst werde. Stephan die Treppe des Wirthshauses hinabstieg, gewaltsam er Raffeneur, der sehr bleich vor'm Kamin saß; während seine Frau in ihrem ewigen schwarzen Seidenleide ihn mit beißend ironischer Rede zurechtwies.

Raheu war der Meinung, man solle sein Wort halten, die Sache sei versprochen, und das genüge. Doch die Nacht hatte auch ihm das Feuer der Begeisterung abgekühlt, und er erklärte, man müsse hauptsächlich deshalb nach Jean-Vart gehen, um die Kameraden von Uebergriffen abhalten zu können. Die Raheude nickte. Stephan sagte, nur revolutionäre dürfe vorgegangen werden, doch ohne Blut zu vergießen. Bevor sie aufbrachen, trank er rasch hintereinander drei Gläser Wachholder, nahm auch eine Feldflasche davon mit, sich gegen die Kälte zu schützen; doch das Brot, welches man ihnen ebenfalls gegeben, und wovon ihm die Raheude seinen Theil anbot, wies er zurück, um es den Kindern zu lassen. Alzire mußte bei den Kleinen bleiben. Der alte Bonnemort, welcher in der vorigen Nacht zu viel marschirt war, lag gelähmt im Bett.

Aus Vorsicht verließen sie einzeln das Haus. Jean-Vart war schon lange verschwunden; Raheu und seine Frau schlugen zum Schein den Weg nach Montsou ein, Stephan ging geradewegs nach dem Walde. Unterwegs holte er eine Schwangere ein, unter denen sich auch die Bruls und eine Levaque befanden, die Raftanien sahen, welche die Rouquette ihnen geschenkt hatte und die sie mit den Schalen verschlang, damit sie ihnen den Magen besser füllten. Im Walde war Niemand mehr; Alle hatten sich bereits nach Jean-Vart begeben, und Stephan eilte ihnen nach. Er langte dort an, als gerade Levaque und vielleicht hundert Kameraden in den Vorhof der Grube eindrangen; von allen Seiten, auf allen Wegen kamen Andere heran; die Raheude näherte sich auf der Chauffee; der Haufe der Weiber schritt quer über

Stahl und
Kriegs-
sonstige
mäßig, d
hören, d
und gefe
der Wahl
seinem Br
nach in L
machen es
sine Abf
liche kont
Also
jüngst get
waren, we

Der e
klärt, da
nung g
ik des ba
schiff 4
am 15
gegang
Dampfer
intermitt
worden w
der Arme
den Sol t
Lade des
in Garnis
ein Boob
scheint ab
geteilt ist
vingen n
Rastler no
die Stimm
Vorzugie
Lissabon e
17. Novem
der Revol
doch blieb
zurückgeho
zur eine
Ergebnis
Almeido C
Dombodo
desobedi
Sanjica h
nicht ha
mit dem G
weigheit
kater ein
Historien

Aus
„ged
Kamertag
zur drei
mit Lange
und schon
tams Ru
Premier,
Gandho.
Mitglieder
samt inf
den Uner
geschoben
der Ausw
die Befal
warten.
Katenat o
in Junah

Der
zweiten
Diensttag
Victoria-
Der Ra
Gang der
Lage und
Lage, auf
halten v
Jahrum
nach den
weber e

Die Felder
Wahng
brachte f
verhundert
sches G
Wa
von der A
Nach
kaut hat
Brah zum
zurückgele
Doch
Kocher t
gewohnter
sicher, als
Kocher t
hinter ein
Vorhof;
sammeln
Schilde
lören!

„Ba
bleich vor
Lustrophe
Die
anzumorte

„Der
kun; ab
Denenid
wohl was
bragt, da
von Leib
ke werber
noten!“

Stadt und Land, wie den anderen hiesigen Parteien, einen Vorschlag zur Vereinbarung über gleichmäßige Form und sonstige Beschaffenheit der Stimmzettel zu machen. Wir hoffen nämlich, zur Ehre der nationalliberalen Partei annehmen zu dürfen, daß dieselbe nicht beabsichtigt, ihren großen kommunalen und gesellschaftlichen Einfluß in Leipzig zur Beeinträchtigung der Wahlfreiheit zu benutzen. Stimmzettel in Oktavformat auf einem Briefpapier, wie sie bei der letzten sächsischen Landtagswahl in Leipzig für die Kartellkandidaten verteilt wurden, machen es für jeden abhängigen Wähler zur Gewissheit, daß seine Abstimmung von den nationalliberalen Herren am Wahlstisch kontrolliert werden kann.

Also so haben es diese Herolde „nationaler“ Gesittung längst getrieben! Da die Antisemiten mit ihnen verbündet waren, werden sie es ja wohl wissen!

Amerika.

Der abgesetzte Kaiser von Brasilien Dom Pedro hat selbst erklärt, daß er von Anfang an seitens der republikanischen Regierung gut behandelt worden sei. Die Fahrt nach St. Vincent ist deshalb so langsam von Statten gegangen, weil ein Kriegsschiff 4 Tage lang den Dampfer „Alagoas“ begleitet hat. Ein am 15. November, also am Tage vor der Revolution, abgegangener und am 30. November in Lissabon angekommenen Dampfer meldet, daß der Marineminister Baron Ladaris interimistisch mit der Leitung des Kriegsministeriums betraut worden war und Maßregeln ergriffen hatte, um die Ruhe in der Armee und der Marine zu sichern. Der Admiral Van der Col war mit einem Marinekommando an dem äußersten Ende des Reiches betraut worden. Das 22. Infanterieregiment, in Garnison zu Rio, war am 12. Nov. auf Befehl des Ministeriums am Bord des Dampfers „Alagoas“ nach Para abgefahren, es scheint aber, als ob der Dampfer mit den Truppen wieder zurückgekehrt ist. Mehrere republikanische Führer waren aus den Provinzen nach Rio gekommen. Am 12. November hatte der Kaiser noch einen Phonographen sich vorsprechen lassen und dabei die Stimmen verschiedener in Paris und Lissabon lebenden Portugiesen erkannt. Ein ebenfalls am 30. November in Lissabon eingetroffener deutscher Dampfer, welcher Bahia am 17. November verlassen hatte, berichtet, daß die Nachricht von der Revolution in Bahia lebhafteste Erregung verursacht habe, doch blieb Alles ruhig. Die Truppen wurden in den Kasernen zurückgehalten und erwarteten Befehle. Vor dem Stadthaus war eine ungeheure Menschenmenge versammelt, welche das Ergebnis einer Beratung zwischen dem Provinzialpräsidenten Almeida Conto und D. da Fonseca (nicht zu verwechseln mit Deodoro da Fonseca) abwarteten. Aus Rio war nach Bahia gemeldet worden, daß der Kaiser den General Deodoro da Fonseca habe sprechen wollen, dieser aber das Verlangen abgelehnt habe. Die Senatoren Dantas und Correa hatten dann mit dem General eine Unterredung gehabt und dem Kaiser mitgeteilt, daß die Republik proklamiert sei, was auf den Kaiser einen tiefen Eindruck gemacht habe. Dr. Manoel Victorin Breira wurde zum Gouverneur von Bahia ernannt.

Asien.

Aus Yokohama (Japan), 28. Oktober, wird der „Voss.“ geschrieben: Seit dem Antritt auf den Minister des Auswärtigen, Graf Oluma, ist die Vertragsrevision mehr als zur brennenden Frage geworden. Im Kabinett selbst ist die mit Langem deshalb bestehende Spaltung offen hervorgetreten, und schon am 23. Oktober wurde der Rücktritt des Ministers Kuroda veröffentlicht. Graf Kuroda, der bisherige Premier, ist zum Geheimen Staatsrat ernannt und Prinz Sanjoko tritt an die Spitze des neuen Kabinetts, dessen andere Mitglieder noch nicht berufen sind. Die Vertragsrevision scheint infolge des Kabinettswechsels und der darüber herrschenden Uneinigkeit vorläufig wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben zu sein. Der Zustand des verwundeten Exministers der Auswärtigen Angelegenheiten hat sich merklich gebessert. Die Gefahr ist vorüber und eine baldige Genesung zu erwarten. Fünfundsiebzig Personen sind, als der Mischuld am Antritt verdächtig, verhaftet worden, und die Aufregung ist in Zunahme begriffen.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstagswahlkreis hielt am letzten Dienstag eine äußerst gut besuchte Versammlung in der „Victoria-Brauerei“ (Lützowstr. 111) ab. Als Referent fungierte Herr Max Baginsky. Er entwickelte den geschichtlichen Gang der ökonomischen Entwicklung unter Berufung auf Karl Marx und zeigte, wie auch die mächtigsten Personen diese sachliche, auf Wirtschaftsgesetzen beruhende Entwicklung nicht aufhalten vermögen. Fürst Bismarck sei mit dem reaktionären Zentrum nicht einmal fertig geworden, er habe vielmehr schließlich den Weg nach Canossa antreten müssen; noch weniger werde er mit der aufstrebenden Arbeiterbewegung fertig werden.

Die Felder daher. Jeanlin war auf eine erhöhte Verbindungsbahn gelaufen, als wenn er von einem guten Platte aus einem Schauspiel bewohnen wollte. Stephan stieg sich bis zu den ersten vor; jetzt waren sie ihrer dreihundert und plötzlich fanden sie am Eingang des Schachthauses Herrn Deneulin gegenüber.

„Was wollt Ihr bei mir?“ rief er mit starker Stimme von der Vortreppe herab ihnen entgegen.

Nachdem er dem Wagen der Frau Hennebeau nachgefahren hatte, aus dem seine Lächler ihm noch einen letzten Gruß zugewinkt, war er von Unruhe ergriffen zur Grube zurückgekehrt.

Doch er hatte alles in bester Ordnung gefunden: die Arbeiter waren eingefahren und die Förderung nahm ihren gewohnten Verlauf. Er unterhielt sich mit seinem Oberaufseher, als ihm plötzlich Jemand das Nahen der streikenden Arbeiter von Konfou meldete. Schnell postierte er sich hinter ein Fenster. Die Menge wuchs, wälzte sich in den Schachthaus; kaum zwanzig Männer hätte er um sich versammeln können. Mit ihnen die Grube verteidigen, deren Schächte alle geöffnet waren? Unmöglich! Er war verloren!

„Was wollt Ihr, wiederholte er noch lauter, freudlos vor verhaltenem Zorn, entschlossen, muthvoll der Raufschuppe zu begegnen.“

Die Leute drängten sich heran; Stephan trat vor und antwortete:

„Denn Deneulin, wir wollen Ihnen nichts Böses antun; aber die Arbeit muß überall aufhören.“

„Nichts Böses wollt Ihr mir antun?“ entgegnete Deneulin mit schroffen Hohn. „Dummkopf, Ihr thut mir nichts Böses? Wenn Ihr die Arbeit bei mir unterbrechen wollt, das ist gerade so, als wenn Ihr mir eine Kugel in den Leib jagt. Aber meine Leute sind eingefahren und werden nicht herausgehen, oder Ihr müßt mich erst erlösen!“

(Fortsetzung folgt.)

Auch nahm Redner Gelegenheit, gegen die bekannten Aeußerungen des Ministers Herrfurth über den Verlauf der Arbeiterversammlung scharf zu protestieren. Der Vortrag wurde von den Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. An der Diskussion beteiligten sich die Herren Klerg, Schweizer, Bilschke u. A. Von den anwesenden Gegnern, namentlich Antisemiten, getraute sich trotz wiederholter Aufforderung Niemand das Wort zu nehmen. Schließlich trat die Versammlung noch dem Beschlusse bei, keine Auszüge nach den Friedrichsbagener Lokalen zu machen, beschloß dagegen, den gemahregelten Wirth Riecke in Tempelhof („Wilhelmsgarten“) durch Besuch zu unterstützen.

Die öffentliche Generalversammlung der Maurer Berlins, welche in Sterneder's Bürgerkälen am 2. ds. Mts. unter Leitung der Herren Großmann, Wagner und Müller tagte, beschäftigte sich zunächst mit dem am 25. Nov. in Posthof stattgefundenen Konferenz. Der Vertrauensmann, Herr Fiedler, erstattete hierüber einen längeren, sachlichen Bericht, welcher erkennen ließ, daß es zwischen der Hamburger und Berliner Richtung in der Debatte ziemlich heftig hergegangen ist. Die weitläufige Zeit nahm der bedauerliche Streit und Zwiespalt beider Richtungen in Anspruch, die Verhandlungen führten aber zu einem wenig erfreulichen Resultat. Dem Vertrauensmann hierüber wurde zugestanden, die Agitation von Berlin und nächster Umgebung betreiben zu können; weitere Beschlüsse wurden jedoch nicht bewilligt. Redner ermahnt, die Kongreßbeschlüsse hochzuhalten, der nächste Kongreß werde und müsse ja Nemeur schaffen. So wenig wie die Führer sich einen Bruch hätten zu Schulden kommen lassen, würde es auch die Gesamtheit nicht thun. Daß hier nur so wenig Abonnenten auf das offizielle Organ „Grundstein“ vorhanden sind, ist nicht Schuld der einzelnen Redner, denn diese seien stets unparteiisch für beide Richtungen öffentlich eingetreten und überlassen es jedem Einzelnen zu lesen, was ihm beliebt. Herr Schmidt trennt die Geschäftsleitung und die Vertrauensmänner in der Weise, daß erstere nur besetzt sei, die eigentlichen Geschäfte zu leiten, und die Agitation oder letzteren überlassen werden müßte, und meint, daß die Geschäftsleitung in erster Linie sich einen Kongreßbruch habe zu Schulden kommen lassen, indem sie ihre Befugnisse überschritt. Im Weiteren beteiligten sich außer Herrn Heinze, welcher etwas anderer Meinung war wie die Vorredner, und energisch für die Einführung des Friedens eintrat, ohne Rücksicht auf diese oder jene Person, und der den Streit nur als einen von einzelnen Personen künstlich erzeugten betrachtete, noch die Herren Wernau, Kerstan, Weisse und Großmann, welche sämtlich zur Aufrechterhaltung der Kongreßbeschlüsse auftraten. Sie behaupteten ferner, daß, wenn der Streit ein künstlicher sei, wie Herr Heinze anführte, derselbe nicht von den hiesigen Führern ausgehe, sondern nur von einigen Herren, welche es sich zur Aufgabe machen, event. entstellte Berichte an die Geschäftsleitung zu senden. Ein Antrag: Die heute in den Bürgerkälen tagende öffentliche Maurerverammlung Berlins und Umgegend beschließt, die Kongreßbeschlüsse voll aufrecht zu erhalten; ferner alles aufzubieten im Interesse der allgemeinen deutschen Maurerbewegung den Frieden und die Einigkeit zu fördern und somit alle Nörgeleien aus der Welt zu schaffen, wobei noch Herr Witschod den Julaß wünschte, daß die Delegierten zum nächsten Kongreß nur nach der Kopfzahl der am Orte anwesenden Maurer gewählt werden, wurde abgelehnt. Herr Kriemann wünscht, damit nicht etwa angenommen wird, die Versammlung erklärt sich gegen die Kongreßbeschlüsse, zu bemerken, daß der Antrag als selbstverständlich und deshalb als überflüssig zu betrachten sei. (Zustimmung der Versammlung.) Hierauf wurde auf Antrag, der zweite Punkt: Die Bauzeit im nächsten Frühjahr der vorgerückten Zeit halber abgesetzt und eine besondere Versammlung hierzu empfohlen. Im „Verschiedenes“ verliest Herr Kerstan einen Artikel der „Baugewerks-Zeitung“, in welchem der Verfasser selbst für eine gesunde und weiterrückere Baubude eintritt, was bei einigem guten Willen der Arbeitgeber auch durchzuführen sei. Es wurde ermahnt, besonders Obacht auf die Baubuden zu geben. Herr Schmidt erwähnt hierbei, daß bei Besichtigung der vom Verein aufgestellten Baubude im Ausstellungspark selbst von der obersten Staatsbehörde der Anspruch gethan wurde, daß diese Forderung der Gesellen eine durchaus berechtigte sei und wohl berücksichtigt werden müsse. An den Kollegen wird es nun liegen, diese Worte zur Wahrheit zu machen. Ferner müsse danach getrachtet werden, Denjenigen, welche vor einiger Zeit selbst Hand in Hand mit ihren Kollegen gearbeitet und bei der Verbesserung der Lage mitgewirkt haben, jetzt aber als Lohnbrüder auftreten, einen Damm entgegen zu setzen. Herr Wernau verlangt hierauf, daß die Kommission für freiwillige Sammlungen zum Pariser Kongreß eine Versammlung einberufe, damit die Abrechnung vorgenommen und der Ueberschuß event. dem Aktstundenblatt überwiesen werden könne. Herr Ulrich tritt für eine freiwillige Sammlung zu diesem Unternehmen ein. Folgende Resolution wurde alsdann einstimmig angenommen: „Die heute, am 2. Dezember, in Sterneder's Lokal tagende öffentliche Versammlung der Maurer beschließt, dahin zu wirken, daß alle Kollegen den 1. Mai 1890 als einen Feiertag anerkennen, um durch dieses Vorgehen zu zeigen, daß alle Maurer Berlins die Verkürzung der Arbeitszeit anstreben. Ferner erwarten sie, daß die Regierung sich an der von der Schweiz einberufenen Konferenz beteiligt, um die Arbeiterschutzgesetzgebung international zu regeln. Den streikenden Bildhauern wurden alsdann 100 Mark bewilligt. Nachdem noch die Herren Heinze und Schrel in längerer Rede für eine starke Organisation eintraten, durch die es allein möglich sei, alle Uebelstände zu beseitigen und den Wünschen der Gesamtheit Geltung zu verschaffen, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.“

Die Vereinigung der Drechsler Deutschlands, Ortsverwaltung I, hielt am Sonntag, den 1. Dezember, ihre Mitgliederversammlung in Salm's Klubhaus, Annenstr. 16, ab. Die Tagesordnung lautete: 1. Geschäftliches, 2. Vortrag und Diskussion über das Koalitionsrecht, 3. Verschiedenes und Fragekasten. Nachdem der erste Punkt, Geschäftliches, erledigt, sprach Kollege Hildebrand unter lebhaftem Beifall über das Koalitionsrecht. Eine Agitationskommission von acht Mitgliedern wurde gewählt. Sodann wurden die Kollegen aufmerksam gemacht, in dem Lokal Reichenbergerstr. 16, bei Pögel, kein Bier mehr zu trinken, da sich der Wirth entschieden weigert, das „Volkblatt“ oder die „Volkstribüne“ auszuliegen; es ist schon ein anderes Lokal in Aussicht genommen.

Die gewerblichen Hilfsarbeiter hielten am Mittwoch Abends in Klein's Festhale, Oranienstraße 180, eine öffentliche Versammlung ab, in der Herr A. Schmidt über die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit referirte. Redner begann mit dem Hinweis auf den vor Kurzem in Leipzig abgehaltenen Innungstag, wo von den Hünstlern verkündet worden sei, daß die Sozialdemokratie am 1. Mai künftigen Jahres einen allgemeinen Streik proklamieren wolle, deshalb müsse die Industrie Vorrath produzieren, um dem Streik mit Ruhe entgegen sehen zu können. Diese Behauptung der Innungsbrüder sei natürlich eine große Lüge, welche wohl kaum Glauben gefunden hätte, wenn die Hörer auch nur ein wenig über die Vorgänge auf dem Pariser Kongreß informiert gewesen wären. Der Generalstreik sei mit überwältigender Mehrheit abgelehnt, dafür aber dem Antrag zugestimmt worden, den 1. Mai als einen allgemeinen Feiertag zu betrachten. Nur eine feierliche Demonstration zu Gunsten des achtsündigen Arbeitstages soll die Bedeutung dieses Ruhetages sein. Und eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit sei dringend notwendig, dieselbe müsse mit den heutigen Produktionsverhältnissen in Einklang gebracht werden. Unter diesen Verhältnissen lie die Arbeitskraft zu einer Waare

geworden, die von den Kapitalisten zu möglichst niedrigen Preisen auf dem Markt gekauft werde. Der Arbeitsmarkt sei nun aber infolge der verbesserten technischen Hilfsmittel überfüllt und das starke Angebot der Arbeitslosen drücke den Preis für die Arbeitskraft auf das denkbar niedrigste Niveau hinab, so daß der Arbeiter sich nicht einmal den allernothwendigsten Lebensunterhalt beschaffen könne. In welchem Maße dies geschehe, zeige ein Bericht der Chemnitzer Handelskammer, nach welchem der durchschnittliche Arbeitslohn in Glauchau nur 7 M. und an anderen Orten gar nur 6 M. wöchentlich betrage. In anderen Gegenden sei es nicht viel besser. Wie Lohn klinge es diesen Thatsachen gegenüber, wenn in reaktionären Blättern behauptet werde, daß die Verkürzung der Lebensmittel eine günstigere Lage der Arbeiter bewirkt habe. Der „Hamburger Correspondent“ fabelte sogar von Hafen und Heffeln, welche zur Zeit auf dem Tisch der Berliner Arbeiter vorhanden seien. Das Heer der Arbeitslosen hindere die Bewegung der Arbeitenden und je mehr dieses Heer answelle, je stärker drücke es auf die Verhältnisse der Beschäftigten. Hier könne nur Abhilfe durch die Verkürzung des Angebots geschaffen werden und das soll durch die Verkürzung der Arbeitszeit geschehen. Es frage sich nun, weshalb gerade 8 Stunden, weshalb nicht weniger? Thatsache sei freilich, daß heute auch nach Einführung der 8stündigen Arbeitszeit noch keine durchgehende Besserung geschaffen werden könne, da das große Heer der Arbeitslosen dadurch schwerlich vollständig verschwinden würde. Und selbst wenn dies der Fall wäre, so würde doch die fortschreitende Technik bald wieder die Verkürzung des Angebots bewirken. Der 8stündige Arbeitstag sei mithin nicht auf die Dauer aufrecht zu erhalten, er werde vielmehr bald wieder einem kürzeren weichen müssen und die Verkürzung sei immer wieder vorzunehmen, sobald sich die Arbeitslosigkeit bemerkbar mache. Der 8stündige Arbeitstag werde zunächst erstrebt, weil zu dessen Erreichung die meiste Aussicht vorhanden sei. Die Schweiz habe jetzt wieder die Initiative zu einer internationalen Regelung der Arbeitszeit ergriffen und entsprechende Einladungen schreiben an die anderen Regierungen versandt. An den Arbeitern aller Länder liege es jetzt, einen Druck auf die Regierungen auszuüben, der sie moralisch zwingt, an den Verhandlungen in der Schweiz theilzunehmen und dort zu Gunsten der Arbeiter Bestimmungen zu treffen. Hierzu solle die Demonstration am 1. Mai dienen, welche sich zwar zu einer stillen, aber doch imposanten gehalten werde. Am besten sei es, an diesem Tage Massenversammlungen zu veranstalten und in diesen die Bedeutung des Tages zu besprechen. Man behaupte immer noch von gewisser Seite, die Arbeiter wollen die Verkürzung der Arbeitszeit gar nicht; der 1. Mai werde aber diesen Leuten zeigen, daß die Arbeiter nicht nur die Verkürzung der Arbeitszeit wollen, sondern auch Willens sind, mit aller Kraft für die Erreichung derselben einzutreten. (Lebhafter Beifall.) Dem Vortrage folgte eine lebhafteste Diskussion, deren Ergebnis die Annahme einer Resolution war, welche sich für die Verkürzung der Arbeitszeit aussprach. Mit einem dreifachen Hoch auf die zielbewusste Arbeiterbewegung schloß der Vortrager, Herr Günther, die Versammlung.

In einer zum Andenken an die Freisprechung Waldede's veranstalteten Versammlung sprach am Dienstagabend in einer Versammlung bei Bugenhagen der Reichstagsabgeordnete Mundel. Derselbe wies auf die völlige Rehnlichkeit zwischen damals und jetzt hin. Ohm, Göttsche und Pierzig seien die Vorläufer der heutigen Reichstagsmänner. Wie damals Ohm unter den Follern seines Gewissens zusammenbrach, so jetzt Julius Weber. Herr Mundel gestand zu, daß die jetzt mit ähnlichen Mitteln wie damals Waldeck bekämpfte Partei, die Sozialdemokratie, alle Kräfte habe, die Frucht der Kartellpolitik zum weit größeren Theile als die Freisinnigen einzuharmonisieren. Die Zukunft und zwar schon die nächste wird zeigen, daß das richtig ist.

Eine öffentliche Versammlung der Maurer von Rixdorf und Brich fand am Dienstag, den 26. November, Abends 8½ Uhr, im Saale der Reinstraßer Bierbrauerei statt. Tagesordnung: 1. Welche Forderungen stellen die Maurer von Rixdorf und Umgegend zum Frühjahr 1890. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Herr Kerstan sprach in längerer Ausführung über den 1. Punkt der Tagesordnung. Er betonte, daß es mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse eine große Nothwendigkeit sei, den Lohn aufrecht zu halten; es wäre eine 9stündige Arbeitszeit und 60 Pf. pro Stunde eine durchaus gerechte Forderung. Würde diese uns aber nicht bewilligt, so wären wir allerdings genöthigt, unbedingt die Arbeit niederzulegen. Redner forderte die Kollegen auf, dem Verein beizutreten, dann wird es uns nicht schwer fallen, unsere Forderungen aufrecht zu erhalten. Sodann sprach Herr Röhlfle im Sinne des Referenten und forderte zum Beitritt in den Fachverein auf. Herr Vagendorf wies darauf hin, daß die Kollegen früher besser organisiert waren, als wir heute und legte den Kollegen ans Herz, wieder eine bessere Organisation zu schaffen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am 26. November tagende Versammlung der Maurer von Rixdorf und Brich erklärt:

1. Den volksfeindlichen Bestrebungen des Unternehmertums kann nur durch eine straffe Organisation wirksam entgegengetreten werden. Aus diesem Grunde ist den Kollegen zu empfehlen, sich den bestehenden Vereinen anzuschließen, welche die gemeinsamen Interessen vertreten.
2. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen gesetzlichen Mitteln dafür einzutreten, daß in dem kommenden Baujahr nur höchstens 9 Stunden gearbeitet werden und ein Mindestlohn von 60 Pf. pro Stunde bezahlt wird, sowie auf Beseitigung der verwerflichen Alfordarbeit hinzuwirken.
3. Die Versammlung verpflichtet sich, darauf hinzuwirken, daß bei der jetzigen Jahreszeit auf jeder Baustelle eine der Menschlichkeit entsprechende Baubude errichtet wird, da bis jetzt schwerlich eine solche Einrichtung zu finden ist.
4. Die Versammlung erklärt, um den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung, welcher auf dem Pariser Kongresse praktisch angebahnt ist, zu betheiligen: den 1. Mai 1890 als einen allgemeinen Arbeiter-Feiertag anzuerkennen.

Der Berliner Wirkergehilfen-Verband hielt am Dienstag, den 26. November, eine Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Da der Referent nicht erschienen war, trat die Versammlung in den 3. Punkt der Tagesordnung ein. Es wurde der Lohnsatz für das Jahr 1890 verlesen welcher folgendermaßen lautet: An die Arbeitgeber der Biberbrände Berlins! Da jetzt die Zeit der Kalkulation der Waaren für 1890 ist, so erlauben wir uns, Sie auf die Forderungen der Wirker sämtlicher Branchen aufmerksam zu machen. 1. Da infolge der Ueberanfertigung der Arbeiter, sowie der stetigen Verbesserungen der Maschinen von Jahr zu Jahr eine Ueberproduktion stattfindet und infolge dessen die Zahl der Arbeitslosen sich stetig vermehrt, sehen wir uns veranlaßt, die Arbeitszeit auf das höchst zulässige Maß von 9 Stunden zu reduzieren, sowie Ueberstunden und Sonntagsarbeit gänzlich zu beseitigen. 2. Sind wir gezwungen wegen der gesteigerten Preise der Lebensmittel, Miethe u. s. w. eine Erhöhung des Lohnes zu beanspruchen und zwar a. für Raschel und Kette, Kettenmacher und die sonst in der Raschelbranche beschäftigten Personen einen Mindestlohn von 24 Mark auf einer Maschine; b. für Strickmaschine, Rundstuhl und Handkettenstuhl eine Lohnerhöhung von 20 pCt., Komplizierte Muster und Extra-Arbeiten dürfen nur in Lohn

pro Stunde 50 Pf. gemacht werden. Abzüge für Nadeln, Reparaturen und Fehler, die ohne Verschulden des Arbeiters entstehen, hat derselbe nicht zuzulassen. Die Forderungen treten am 1. Mai 1890 in Kraft. — Kollege Hübsch führt an, daß der Lohn des Arbeiters sehr gering und die Mehrforderungen so unbedeutend seien, daß zum Beispiel bei Rundstuhl bei einer 20 proz. Aufbesserung des Lohnes die Preissteigerung bei einem Duzend Trikot-tailen höchstens 15—20 Pf. betragen würde. Während der Verhandlungen liefen folgende Resolutionen ein. 1. Die heute in Feind's Salon tagende Versammlung erkennt die von der Kommission gestellten Forderungen an und verspricht die selben nächstes Jahr zur Durchführung zu bringen. 2. In Erwägung, daß bei der heutigen kapitalistischen Produktionsweise der Arbeiter körperlich und geistig zu Grunde gehen muß, weil durch die in fast allen Branchen herrschende lange Arbeitszeit seine Kräfte frühzeitig verbraucht und ausgenutzt werden und ihm nicht Rubefunden genug bleiben, um seinen Geist in der Weise auszubilden, wie es die jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von ihm erfordern, erklärt die heutige in Feind's Salon, Weinstraße 11, tagende Versammlung eine Verkürzung der Arbeitszeit für die erste Vorbedingung zur Hebung des geistigen und körperlichen Wohls der arbeitenden Klassen. Die Versammlung macht es sich daher zur Pflicht, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln eine Verkürzung der Arbeitszeit anzustreben. In dem fernere die Versammlung sich auf den Boden der Beschließung des Pariser internationalen Arbeiterkongresses stellt, beschließt sie, am 1. Mai 1890 die Arbeit ruhen zu lassen und sich an den an diesem Tage in der ganzen zivilisierten

Welt stattfindenden Demonstrationen zu Gunsten der Einführung eines stündigen Normalarbeitstages mit einer Kundgebung zu beteiligen. Ferner wurde beschlossen einen Arbeiterkongress einzuberufen. Ein Antrag, den streitenden Tabaksarbeitern und Arbeiterinnen eine Unterstützung von 20 M. aus der Verbandskasse zu gewähren, wird einstimmig angenommen.

Eine überaus zahlreich besuchte Mitglieder-sammlung des Fachvereins der Tischler (Ordnung) tagte am Sonnabend, den 30. November, im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee. Der ca. 400 Personen fassende hintere Saal war schon um 8½ Uhr demnach gefüllt, daß der größte Theil der Tische und Stühle herausgeschafft werden mußte, und Viele umhören mußten. Kollege Mertens referierte über die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation. Referent beleuchtete die schweren Kämpfe, welche in den letzten zehn Jahren von den Organisationen bestanden werden mußten. Im Anfange der 60er Jahre gründete Voit die Gewerkschaft der Holzarbeiter, wodurch die Bewegung gewissermaßen in Fluß kam. Redner schilderte das Entstehen der englischen Gewerkschaftsorganisationen, und zeigt an der Hand von Beispielen, daß auch dort die Kämpfe keine leichten waren; daß es vorgekommen, daß Arbeiter zu zehnjähriger Verbannung infolge ihres Eintretens für die Organisation verurtheilt wurden. In Paris seien die Gewerkschaftsorganisationen schon soweit vorgeschritten, daß sie häßliche Arbeiten übernehmen. Zum Schluß forderte Vortragender auf, Schulter an Schulter für die Organisation der Tischler, den Fachverein, einzutreten und zu agitieren. (Beifall.) In der Diskussion, an welcher sich die Kollegen Klose, Schade, Glode und Andere beteiligten, hob Kollege Klose hervor, daß ebenso wie in Paris die Or-

ganisationen als Unternehmer auftreten, so müßten sich andere größere Städte dies als gutes Beispiel nehmen und die Gewerkschaften in demselben Maße schätzen lernen. Kollege Schade bemerkte, daß der Fachverein sich die Aufgabe gestellt habe, so lange wir uns nicht im Streik befinden, die in vielen Werkstätten vorhandenen Mißstände zu beseitigen, und gleichzeitig die Kollegen zur Organisation zu ermuntern. — Zu Werkstatt-Angelegenheiten sprachen sich die Kollegen der eingeladenen Werkstätten von Brandt, Rönisch, Schmidt, Witte und Köhner über verschiedene in diesen Werkstätten herrschenden Mißstände aus, und bezeugten ihr Interesse für den Fachverein dadurch, daß sie sich sofort aufzunehmen ließen, eine That, die von der Versammlung mit großem Beifall begrüßt wurde. Unter Verschiedenem wurde der Antrag, die Produkte von Voerer u. Hoff, sowie von Klingel-Bolle nicht zu kaufen, und nur dort zu verfahren, wo das „Berliner Volksblatt“ und die „Berliner Volks-Tribüne“ aufliegen, einstimmig angenommen.

Kollege Hemp stellte den Antrag, die Böhmische Brauerei im Betriebe an einen noch näher zu bestimmenden Tage zu beschäftigen, worauf Herr Oekonom Rente erklärte, daß die Direktion dieses dem Verein sehr gern gestatte, es könnten bis zu 100 Personen an einem Tage erscheinen, doch müßte der Besuch vorher angemeldet werden.

Hiermit soll gleichzeitig darauf hingewiesen werden, daß Teilnehmer an dieser Beschäftigung sich bei dem Besonderen, Kollegen Schade, Subenerstr. 61, zu melden haben, welcher das Nähere hierzu anordnen wird. Ausgenommen wurden 78 Mitglieder.

Theater.

Freitag, den 6. Dezember.
Opernhaus. Keine Vorstellung.
Schauspielhaus. Gaudamus.
Deutsches Theater. Faust's Tod.
Leistung-Theater. Der Fall Cémercau.
Berliner Theater. Schöne Rasse.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Polengraf.
Königs-Theater. Schwiegermama.
Wagner-Theater. Nero's. — Vorher: Der Scheidungsgrund.
Viktoria-Theater. Stonley in Afrika.
Strand-Theater. Die Geyer-Wally.
Seemanns-Theater. Vor Sonnenaufgang.
Reichshaus-Theater. Wisman in Afrika.
Zentral-Theater. Historischer Poffenabend.
Adolph Grub-Theater. Flotte Weiden.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshaus-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

American-Theater.

Dresdenerstr. 55.
 Täglich Vorstellung.

Circus Renz.

Carlsstraße.
 Heute, Freitag, den 6. Dezember, Abends 7 Uhr:
Große Komiker-Vorstellung unter Mitwirkung von sämtl. Clowns in ihren höchst komischen Intermezzi und Entrees mit einem aussergewöhnlichen Programm. **Leben und Treiben auf dem Gise.** Großes Ausstattungsstück. Emir und Him Bashi, arab. Vollblutpferde, erster als Reiter zur Bedienung des Gastrompferdes Him Bashi, sämtl. in Freiheit dressirt u. vorgeführt von Herrn Franz Renz. Das Schulpferd Colmar, geritten von Fr. Clotilde Hager. Auftreten einer Wiener Damen-Kapelle. M. Wegge mit seinem höchst komischen dress. Ges. Auftreten d. vorzügl. Reiterkünstlerinnen und Reiterkünstler. Morgen, Sonnabend, Gala-Vorstellung, auf vielseitiges Verlangen (ganz neu arrangirt): Die lustigen Heidelberger. Sonntag: 2 Vorstellungen. 4 Uhr Nachm. (ein Kind frei), auf allgemeines Begehren: Wachenbrödel. Abends 7 Uhr: Die lustigen Heidelberger.
 E. Renz, Direktor.

Circus Busch.

Friedrich-Rav. Str.
 Heute, Freitag, den 6. Decbr., Abds. 7½ Uhr
 Große außerordentliche Komiker-Vorstellung
 Auftr. der deutschen Original-Komiker Herren Gehb. Kleiner, dieselben schon 1000 M. Prämie aus für denjenigen, welcher sie in ihren Kraftleistungen übertrifft. Herr Oskar Stechow, Präsident des Berliner Athletenclubs „Nordens“ hat sich für heute zur Concurrenz angemeldet. Ein Dorfbarbar. Ein amerikanisches Duell zwischen Clow Tom Tom und August. Amateur-Concurrenz-Reiten. Die berühmte Reiterin Miß Ella. Parodi vom August. Doppel-Jochen der Damen Maria Doré und Margerith. August als Hercules. Ein Liebespiel auf Pferd v. Fr. Dir. Busch, Maria Doré. Alle Clowns mit neuen Wipen.
 Sonntag 2 Vorstellungen 4 und 7½ Uhr.
 4 Uhr: 1 Kind frei, auf Verlangen „Fame“, die Kose von Tripoli.

Vorlage 1 Tr. 9 M. — 10 Uhr A.
Kaiser-Panorama.
 3. Reise am Schönen Rhein.
 III. Cyclus.
 Reise Athen-Constantinopel.
 I. Abtheilung: Pariser Weltausstellung.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonn. 8 Reisen 1 M.

Nur 1 Mark

loftet jede Uhr zu reinigen unter Garantie. Bei allen Reparaturen wird der Preis vorher gesagt.

Neue Uhren z. Einkaufspreise, mit nur geringem Aufschlag für Abgeben derselben; z. B. für Aquilatore 3 M., Becker und Wanduhren 1 M.
 73

Eleser, Uhrmacher (Fachmann).
 Raunynstraße 15, Ecke Mariannenstraße.

Achtung Bildhauer.

Wir ersuchen, alle noch ausstehenden Listen, ob leer oder gezeichnet, sobald als möglich an die Kommission, Annenstr. 16, abzuliefern, behufs Rechnungslegung.
 Die Revisoren. Die Kommission.

Central-Kranken- und Begräbniskasse d. Sattler etc.

Außerord. Mitglieder-Versammlung am Sonnabend, den 7. Decbr., Abends 8½ Uhr, in Seyditz's Saal, Beuthstr. 22.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Vertreters Hrn. R. Kunow über: Magenkrankheiten und deren naturgemäße Heilung.
 2. Wie stellen sich die Mitglieder zum Anschluß an den Hilfskassenverein.
 3. Verschiedenes.
 Mitgliedsbuch legitimirt.
 Zu dieser Versammlung ersucht um recht rege Theilnehmung
 Der Vorstand.

Fachverein der Binder Berlins.

Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 8. Dezember, Vorm. 11 Uhr, in den Bürgergärten, Dresdenerstr. 96.
 Tagesordnung:
 1. Diskussion über den von der Gewerbe-deputation eingegangenen Fragebogen zur Lohnstatistik.
 2. Beschlußfassung über den Maskenball.
 3. Erledigung von Rechtsfragen und Unterstüßungsangelegenheiten.
 4. Vereinsangelegenheiten.
 5. Verschiedenes und Fragebeantwortung.
 Die Biletts zu der am 1. Weihnachtst-feriertag stattfindenden **Matinée** für erkrankte Mitglieder des Vereins werden in der Versammlung ausgegeben. Der Vorstand.

Fachverein der Tischler

Morgen Sonnabend, den 7. Dezember, Abends 9 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstr. 28:
Vorstandesitzung mit Zuziehung der beiden Kommissionen.
 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Zuschneider, Stepper u. Borrichter Berlins.

Sonnabend, den 7. Dezember cr., Abends 9 Uhr, Alte Jakobstraße 83: **Generalversammlung.** Tagesordnung: 1. Rapportbericht. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des gesamten Vorstandes für 1890. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Mitgliedsbuch legitimirt. Neue Mitgl. werden am Eingang ausgen.
 99

Weimar-Lotterie

Ziehung schon 14.—17. Decbr. cr.
 Hauptgewinn **50,000** M.
 Lose à 1 Mark, 11 Stück 10 Mark (Porto u. Liste 20 Pf. extra)
 empfiehlt und versendet

Fritz Prühss,

Bank-Geschäft,
 Berlin S., Dresdenerstraße 82/83.
 Sämtl. anderweitig offerirten Lose sind auch bei mir zu haben.

Oderbrucher Fett-Bänse

auch ausgenommen u. getheilt, pfundweise (viel billiger als anderes Fleisch.)
Leber, Felsen und Gänseleber, Gänse-pökelfleisch, à Pfd. 60 Pf.; Gänsefett, geräucherter Gänsebrüste.
 Frische Hasen (auch geschickt), frisches Wild, pfundweise
 sowie sämtliches Geflügel in größter Auswahl empfiehlt billigst
 die Wild- und Geflügel-Handlung von
R. Sasse, Michaelstraße 5.

Offenbacher Frauenkaffe.

Am Sonntag, den 8. December, Vorm. 12 Uhr, in Kaufmann's Variété:
Grosse Matinée
 zum Besten ausgefeinerter Mitglieder.
 Biletts sind zu haben bei:
 Pappe, Waldemarstr. 64, S. 2 Tr.;
 Pladed, Kochstraße 20;
 Dolz, Bergstraße 80;
 Wasewitz, Ballisadenstraße 22, S. 1 Tr.;
 Brödel, Reichenbergerstr. 65, Hof 1 Tr.;
 Karge, Neue Jakobstr. 26;
 Frau Lutz, Pustamerstr. 7;
 Frau Günther, Wasserthorstr. 49, 3 Tr.;
 Frau Meyer, Staltherstr. 58, S. 1 Tr.;
 sowie in den mit Plakaten belegten Handlungen.

Emil Franke

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, Wasch- und Wring-Maschinen bester Sorte. (Theilzahlung. Reparaturwerkstätte.)
N., Saarbrückerstrasse 6, neben Boegow's Brauerei.

Sämtliche Eisen- und Stahlwaaren, sowie Haus- und Küchengeräthe

(Kochgeschirre, Eismesser, Wäsche-Wringmaschinen)
 ferner: Schlittschuhe, Laubsäge-Mensilien u. s. w.
 empfiehlt billigst
E. Vogtherr, Landsbergerstr. 64, (am Alexanderplatz).

Winter-Paletots und Anzüge

für Herren und Knaben,
 einzelne Röcke, Jaquets, Hosen, seidene und Pique-Westen, Hamburger und engl. Ledersachen. Eigene Werkstatt für Maassbestellungen. Deutsch-, engl. und französische Stoffe und Suche in großer Auswahl empfiehlt
A. Runitz, Kleidermacher Neue Hochstraße 50, part.
 Durch Ersparung der Ladenmiete billiger wie jede Konkurrenz.

Soeben erschien Heft 7.

Volks-Fremdwörterbuch

von
Wilhelm Liebknecht.
 Sechste Auflage. — Erscheint in 12 Lieferungen à 20 Pf.
 In beziehen durch die Expedition, Zimmerstraße Nr. 44.



Der Unterzeichnete liefert gegen Nachnahme in Postpaketen von 4½ Kilo Inhalt, die feinsten frische

Meierei-Natur-Butter,

aus der größten und renommiertesten Meierei der Insel Usen, zu den billigsten Preisen. Bestellungen werden erbeten.
 Rettling (Schlesw.-Holst.) G. E. Petersen.

Rohrtabak A. Goldschmidt,

Spandauerstr. 6.
 Am hiesigen Plage bekanntlich
Grösste Auswahl.
 Garantie für reinen und besten Tabak. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Roh-Tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerstr. 6 am Hadeschen Markt.

Muffen!!

(Durch Zufall spottbillig.)
 Echte Pelzmuffen 1,50 M. Wasch-bär 4 M. Opossum 5 M. Pelz-garnituren, Stück 1,25 M.

Oranienstr. 158.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren.

Cr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
 eigener Fabrik. Brunnenstr. 28, Hof part. Theils, nach Uebereinkunft.

Morgen Sonnabend, den 7. d. M.

Grosses Gänseauspielen auf dem Billard, wozu erbeten einladet
Chr. Hagenfeld, Bergstr. 60.

Kalb-fleisch

von 35, 40, 45 Pf. Maß. Auguststr. 50a, Keller. [1890]
 G.m.B.H. Lep. G.v. Brangellstr. 132a, Rindl. L. Drechsler a. H. Metallspr. v. Reuenburgerstr. 20
 Gieym eine Seilage.

Aufsatz.

Parteienoffen! Arbeiter!

Der Tag der Stichwahl für die Kommunalwahlen ist jetzt auf Mittwoch, den 11. Dezember, festgesetzt und findet die Wahl ununterbrochen von Morgens 9 bis 8 Uhr Abends statt. Seit deshalb auf den Posten und erscheint Mann für Mann, die Ihr schon am 19. November Eure Stimmen abgegeben habt, wiederum vollzählig. Derjenigen Wählern, welche ihre Pflicht am vordem genannten Tage nicht erfüllt, rufen wir zu: Gedenkt Eurer Pflicht als Männer am 11. Dezember, damit der Sieg, welchen wir schon erlangen, ein vollständiger und ganzer werde. Darum auf zur Stichwahl und stimmt für die Kandidaten der Sozialdemokratie.

- Für den 11. Bezirk: Friz Jubril, Tischler.
- 17. - - - - - Wih. Börner, Zigarrenfabrikant.
- 27. - - - - - Otto Heindorf, Restaurateur.
- 35. - - - - - Robert Herzfeld, Expedient.

Diejenigen Genossen, welche am Mittwoch, den 11. Dezember, bei den Stadtverordneten-Stichwahlen behilflich sein wollen, können sich an diesem Tage von Morgens 8 Uhr in nachstehenden Lokalen bei den Bezirksführern melden, wo auch am Tage der Wahl die Wählerlisten zur Einsicht ausliegen:

- Für den 11. Bezirk: bei Kummer, Destillation, Heim- und Bergmannsstraße-Ed.
- Für den 17. Bezirk: bei Lindemann, Restauration, Moritzstraße 9.
- Für den 27. Bezirk: bei Behlendorf, Restauration, Straußbergerstraße 36.
- Für den 35. Bezirk: bei Pöpsold, Restauration, Gantzerstraße 1.

Außerdem beim Central-Wahlkomitee, welches seinen Sitz am Tage der Wahl von Morgens 8 Uhr an bei Julius Henke, Restauration, Blumenstraße 38, hat.

Die Bekanntmachung der Gesamtergebnisse findet am Mittwoch, den 11. Dezember, Abends 8½ Uhr, statt und zwar:

- Für den Norden: in Lehmann's Salon, Schwedterstraße 24.
- Für den Süden: in der Unionsbrauerei, Hafenstraße 3-5.
- Für den Osten: im Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 5-7.

Das Central-Wahlkomitee.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung vom 5. Dezember.

Tagesordnung: Etat (Eisenbahnwesen).

Am Tische des Bundesrats: v. Völscher.

Abg. Präsident Dr. Buhl eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Ein Schreiben des Reichskanzlers sucht die Erlaubnis nach zur strafrechtlichen Verfolgung der „Oberländer Freien Presse“ wegen Verleumdung des Reichstages. Dasselbe wird der Geschäftsordnungscommission überwiesen.

Das Haus geht nunmehr die zweite Verathung des Etats fort.

Zum Spezial-Etat des Reichseisenbahnamts haben die Abgeordneten Richter und Schrader die nachstehende Resolution eingebracht.

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, in Anbetracht der Kohlensteuerung alsbald eine Untersuchung darüber zu veranlassen, ob und inwieweit die Kohlentaxen auf den deutschen Eisenbahnen den Vorschriften des Artikels 45 der Reichsverfassung entsprechen und ob nicht im Interesse der Industrie und der Landwirtschaft eine allgemeine Tarifermäßigung zur Erzielung der verfassungsmäßig vorgeschriebenen möglichen Herabsetzung der Tarife geboten ist, insbesondere auch durch eine Ausdehnung der Ausnahmetarife, welche die höheren Tarife für die Kohleneinfuhr aus dem Auslande beseitigt und den Interessen der inländischen Kohlenkonumenten gebührende Rechnung trägt.

Abg. Henneberg (nall.): Ich möchte die Aufmerksamkeit des Hauses für eine Frage in Anspruch nehmen, welche die am Verkehr interessierten Kreise fast beschäftigt: die Einheitlichkeit der Zeitrechnung. Wir haben bisher drei Arten der Zeitrechnung, ein Theil der europäischen Staaten nimmt nach dem Meridian von Greenwich, ein anderer Theil nach dem 15. Grade östlich von diesem Meridian und endlich ein anderer Theil, wie Rußland und die Vorkaukasien nach dem 30. Grade östlich von Greenwich. Die Verschiedenheit der Zeitrechnung macht sich namentlich im Telegraphenverkehr, aber auch im Eisenbahnverkehr zwischen Staaten, die eine verschiedene Zeittheilung haben, förmlich fühlbar. Ich beugne mich damit, die Aufmerksamkeit des Reichseisenbahnamtes auf diese Frage zu richten, die dringend eine endgültige und befriedigende Lösung verlangt.

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode (deutschl.): Ich bin dem Herrn Redner für seine Anregung dankbar und möchte die Aufmerksamkeit der maßgebenden Behörden auf die Wichtigkeit lenken, welche dieselbe Frage auch in militärischer Beziehung hat. Bei Mobilisationen würde sich das unangenehme Verhältniß der verschiedenartigen Zeiten recht fühlbar machen. Die Zusammenziehung der Truppentheile würde auf große Schwierigkeiten stoßen, da die Stellungsorte in den verschiedenen Landesheilen zu den verschiedensten Zeiten auszurücken werden würden. Das Reichseisenbahnamt würde sich durch die Einführung einer Normalzeit ein bleibendes Verhältniß auch in Bezug auf die Beibrückung des Landes erwirken.

Abg. Richter (dsreit.): Bei Verathung unserer Verfassung wurden im § 45 derselben sogenannte O. und U. d. h. ausgesprochen, nach welchen namentlich dem Reiche die Kontrolle der Tarife überlassen wurde, um durch mögliche Ermäßigung derselben für billiges Getreide, billige Kartoffeln, Kohlen u. s. w. zu sorgen. Bei den jetzigen hohen Kohlenpreisen spielen die Transportkosten eine große Rolle. Im Großhandel nach der Statistik für 14 Sorten Kohlen die Durchschnittspreis pro Tonne von 7,15 M. im Januar, auf 10,25 M. im Oktober gestiegen, also um etwa 44 pCt. Wenn man nun den jährlichen Kohlenverbrauch in Deutschland auf 80 Millionen Tonnen schätzt, so ergibt sich dadurch eine Mehrausgabe von 250 Millionen Mark. Man hat die Gründe für die Preissteigerung zunächst in dem Frühjahrsauslande der Bergarbeiter gesucht. Der Ausfall in der Produktion durch den Winter ist aber durch die gesteigerte Produktion im ersten Quartal mehr als ausgeglichen, so daß die Produktion

im ersten bis zweiten Quartal bei Steinkohlen diejenige in derselben Zeit des Vorjahres um 3,04 pCt. übersteigt. Vielmehr hat zur Preissteigerung die plötzlich gesteigerte Nachfrage mitgewirkt, da eine Verstärkung der eisernen Bestände angefangen des Auslandes von Eisenbahnen, Industrien u. s. für nöthig erachtet wurde. Wenn demgegenüber, wie behauptet wird — allerdings ohne bisher bewiesen zu sein — im Ruhrgebiet ein Bedenverband die Mehrproduktion gegen das Vorjahr mit 15 pCt. Extraktener belegt, so wäre dies ein sehr beklagenswerthes Moment zur Beurtheilung der Preissteigerung. Doch diese Frage geht mehr das preussische Abgeordnetenhaus an; hier handelt es sich hauptsächlich um die Tarife. Die Tarife der preussischen Eisenbahnen sind von erheblichem Einflusse für ganz Deutschland, denn sie wurden im Laufe der Zeit mehr und mehr darauf zugeschnitten, das Angebot an Kohlen zu vermindern, da die Ausfuhr inländischer Kohlen erleichtert, die Einfuhr ausländischer Kohlen erschwert wurde. Dieselbe Wirtschaftspolitik, welche die Lebensmittelerzeugung herbeiführte, führte zu den bestehenden Ausnahmetarifen, nach welchen z. B. die englischen Kohlen auf derselben Strecke bei der Einfuhr einen höheren Frachtsatz zahlen müssen, als die oberschlesische Kohle bei der Ausfuhr. Kann sich doch Paris weisfällige Kohle zu billigeren Tariffüssen verschaffen, als Berlin. Der Normaltariff für Kohlen pro Tonnendometer beträgt 2½ Silberrfennig; bei den bestehenden 42 Ausnahmetarifen im Interesse der Kohlenproduktion ist die Expeditionsgebühr theils ermäßigt oder gar erlassen. Nach Artikel 45 der Verfassung sollte möglichst gleichmäßig der 1 Pfennig-Tarif eingeführt werden, d. h. ein Zentner Kohle sollte 1 Pfennig pro Meile kosten. Dem gegenüber widersprechen die Ausnahmetarife der Verfassung. Die Frage fand verhältnismäßig wenig Beachtung, so lange die Kohlenpreise ziemlich gleichmäßig und nicht zu hoch waren. Jetzt erzählt man sich, daß der am 12. Dezember zusammentretende Landes-Eisenbahnrat sich mit der Umgestaltung des Tarifwesens nach verschiedener Richtung hin beschäftigen solle, daß auch die Kohlentaxen darin einbezogen seien, hat man nicht gehört. Die Verhältnisse können ja nicht einmal auf den Kopf gestellt werden, das aber wollen wir bald durchgeführt sehen, daß für alle Gebiete, welche ausländische Kohle bezehren können, der Bezug der inländischen Kohle nicht mehr durch die Ausnahmetarife begünstigt wird. Der Zeitpunkt dafür ist jetzt um so günstiger, als ja die Staatsbahnen große Ueberschüsse ergeben. Die Preissteigerung der Kohle hat sich aber auch schon für die Kohlenindustrie selbst als ungünstig erwiesen, da infolge dessen die Bergwerkspreise vornehmlich Gegenstand des Börsenspiels geworden sind. Unsere ganze jetzige Vertheuerungspolitik muß endlich einmal an irgend einem Punkte durchbrochen werden. Wir hoffen, daß unsere Anregung dazu beitragen wird, das Reichseisenbahnamt aus seinem Stillleben aufzurütteln, damit er durch Verringerung der Kohlentaxen dem Lande den Kohlenbezug erleichtere.

Geheimer Ober-Regierungsrath Schulz: Der Herr Redner hat gesagt, daß die Kohlentaxen, wie sie auf den preussischen Staatsbahnen beständen, im Widerspruche stehen mit der Reichsverfassung. Das kann ich nicht unwidersprochen lassen. Der Redner rüht sich dabei auf Art. 45 Absatz 2 der Verfassung und sagt, die jetzigen Kohlentaxen widersprechen der Gleichmäßigkeit der Tarife, welche dort erwähnt ist. Diese Gleichmäßigkeit bezieht sich aber auf ganz andere Dinge. Als die Reichsverfassung gegeben wurde, bestanden ganz verschiedene Tarife auf den einzelnen Bahnen und es sollte da eine Gleichmäßigkeit, wie sie in der That jetzt besteht, herbeigeführt werden. Gleiche Sätze hat man damals um so weniger ins Auge fassen können, als die Normirung derselben nicht dem Reiche, sondern den Einzelstaaten ansteh. Der Art. 45 der Verfassung ist, soweit er die Einführung des Ein-Pfennig-Tarifs auf weite Entfernungen in Aussicht nimmt, auch zur Durchführung gelangt. Höhere Tariffüsse bestehen allerdings auf einzelnen kleinen Privatbahnen untergeordneter Bedeutung. Diese können aber nicht mit gleichem Maße gemessen werden, wie die großen; man hat denselben bei der Konzessionirung Zustände geschaffen müssen, um ihre Herstellung zu ermöglichen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Man kann mit dem Abg. Richter vollkommen darin einverstanden sein, daß die Kohlenpreise, namentlich in Westfalen, als eine Kalamität in vielen Richtungen anzusehen sind, und ich stimme auch darin mit Herrn Richter überein, daß die außerordentliche Höhe dieser Kohlenpreise nicht im Interesse der Grubenbesitzer liegt, weil ein Rückschlag unvermeidlich ist; ich bestreite aber, daß der von Herrn Richter eingebrachte Antrag im Stande ist, dieser Kalamität abzuhelfen. Herr Richter will eine Art Enquete über die Tarife in Deutschland angestellt wissen. Ich möchte, um künftig derartige Anträge zu vermeiden, dem Abg. Richter die Mittheilung machen, daß es am Alexanderplatz hier eine Einrichtung giebt, wo jeder beliebige Deutsche über jede beliebige Eisenbahnfrage Auskunft erhalten kann. Wie der Herr Reichskommissar schon sagte, ist der Ein-Pfennig-Tarif überall durchgeführt. Was also in dem ersten Theile des Antrages steht, ist vollkommen erfüllt. Herr Richter hat auch die Entstehung des Art. 45 angeführt. Er hat den Verhandlungen der Kommission, aus welcher die Redaction des Art. 45 hervorgegangen ist, nicht beigewohnt, und ich will ihm daher bemerken, daß das Wort „zunächst“ durch den Abg. Michaelis und mich hineingekommen ist. Herr Michaelis hatte, um den Eisenbahnen von Seiten des Staates keine zu große Gewalt anstehen zu lassen, beantragt, in die ursprüngliche Regierungsvorstellung „hauptsächlich“ hineinzubringen, und da beantragte ich, wenn die Regierung so beschränkt würde, das Wort „zunächst“ hineinzubringen. Aber weder mir noch irgend einem Mitgliede der Kommission ist es eingefallen, durch die veränderte Redaction auszuschließen, daß für spezielle Fälle spezielle Bestimmungen gegeben würden; Niemand hat daran gedacht, daß verhindert werden solle, den Export zu heben dadurch, daß niedrigere Sätze eingeführt werden sollen und niemals auch im preussischen Landtage nicht, ist behauptet worden, daß die verbilligten Sätze nach den Stufen im Widerspruch mit der Verfassung ständen. Wir müssen prinzipiell verlangen, daß eine weitere Ermäßigung über den Silberpfennigtarif hinausgeht. Die süddeutschen Staaten allerdings können wir nicht zwingen, unter den Silberpfennigtarif herunter zu geben; in Preußen hat der Minister der öffentlichen Arbeiten in der letzten Sitzung des Landes-Eisenbahnrathe ausdrücklich eine Vorlage gemacht, in welcher er eine weitere Ermäßigung für Postgüter befristete, diese Ermäßigung beträgt 50 p. pro Tonne; es empfehle sich aber, wurde gesagt, in Bezug auf Kohlen, damit bis zu ruhigeren Zeiten zu warten, weil Befürchtungen vorlägen, daß diese Ermäßigung den heutigen ungesunden Zustand der Kohlenproduktion nur noch mehr fördern würde. Der Landes-Eisenbahnrat hat einstimmig beschlossen, diese Vorschläge zu befürworten, und zu dieser einstimmigen Majorität haben auch die politischen und wirtschaftlichen Freunde des Herrn Richter gehört, ebenso wie wir. Dem Herrn Minister kann also kein Vorwurf gemacht werden, daß er bei seinem Tarif bleibt. Herr Richter

will durch den zweiten Theil seines Antrages den Importtarif gleichlegen mit dem ermäßigten Exporttarif. Wenn Sie den ermäßigten Tarif für englische Kohle im Inlande fordern, so müssen Sie doch den Satz auch für inländische Kohle im inneren Verkehr z. B. von Oberschlesien nach Posen oder von Westfalen nach Halle fordern. Sie vermehren dadurch nur die Kalamität, von der ich vorhin sprach: die Nachfrage nach Kohlen. Sie heigern die Kohlenpreise auf das Allerentschiedendste. Sie können doch nicht verlangen, daß für den Import ein niedrigerer Tarif eingeführt wird, als für den inneren Verkehr. Die Konsequenz des Antrages Richter würde dahin führen, die preussischen Tarife für den Export auf 22 Pfennig zu normiren. Ich bin ganz entschieden dagegen, daß man die Eisenbahnpolitik je nach den jeweiligen Konjunktoren ändert; das würde dazu führen, die Eisenbahnpolitik nach dem Börsenzeitel zu gestalten. Der Landes-Eisenbahnrat war sehr wohl im Recht, wenn er in einem solchen Uebergangsstadium, bei einer so ungeunden Entwicklung, wie jetzt, so handelte, wie er gehandelt hat. Ich halte im Gegentheil zu dem Abg. Richter die jetzige Zeit für die allerungünstigste für Tarifänderungen. Die Entwicklung dieser Frage wird sich später naturgemäß vollziehen, jetzt aber wäre es geradezu eine Verfündigung an dem Nationalwohlstande, wenn wir Änderungen eintreten lassen wollten. Wenn selbst Alles, was ich auseinandergesetzt habe, unrichtig wäre, so würde kein Gesetz dem Bundesrathe eine Einwirkung auf die Herabsetzung der Tarife einräumen. Höchstens könnte das Reich seinen Einfluß auf die ihm direkt unterstellten Eisenbahnen von Ost-Lothringen geltend machen, dort ist das Reich souverän. — Den Herren, die für Einführung einer Normalzeit gesprochen haben, kann ich nicht zustimmen. Wenn diese Normalzeit allerdings in militärischen Interessen notwendig wäre, so würde ich meine Bedenken fallen lassen. Im Allgemeinen aber freue ich, der ich viel reise, mich immer, wenn ich auf preussische Eisenbahnen komme, wo ich genau weiß, wann ich ankomme und abfahre. Die Einführung einer Normalzeit hat doch vor allen Dingen auch ihre praktischen, geschäftlichen Schwierigkeiten; nach der Gewerbetreibenden dürfen gewisse Klassen von Arbeitern nach 8½ Uhr Abends nicht mehr arbeiten. Wie wollen Sie mit solchen Bestimmungen eine Normalzeit vereinigen? Wollte man das ganze Land in verschiedene Zonen einteilen, so würde man noch schlechter fahren, man müßte dann seine Uhr auf der Grenzstation der Zone um vielleicht eine Stunde umstellen. Wenn die Bestimmungen in dieser Beziehung von Nutzen sein sollen, so möchte ich vorschlagen, lieber allgemein zur Ortszeit überzugehen. Damit würden alle Schwierigkeiten beseitigt sein.

Abg. Schrader (dsreit.): Herrn Freiherrn von Stumm kann ich zugeben, daß wir vorläufig das in der Verfassung zunächst ins Auge gefasste Ziel in dem 22 Marktpfennigtarif erreicht haben, aber in der Verfassung ist nicht gesagt, daß wir über dieses „zunächst“ zu erstrebende Ziel nicht hinausgehen sollen. Unser Antrag ist also wohl mit der Verfassung vereinbar. Bei den Privatbahnen wird man auf keinen Widerstand stoßen; denn sobald die öffentliche Meinung eine Tarifiermäßigung verlangt, können Finanzinteressen der Einzelregierungen nicht entscheidend in Frage kommen. Wir können verlangen, daß die wirtschaftlichen Kräfte des Reiches durch die Einzelstaaten nicht zu stark ausgenutzt werden. Die bisherigen Tarife und die Statistik geben nicht die Einheitsgröße der Transporte an, diese Einheitsgröße wollen wir durch eine behördliche Enquete ermitteln. Die in einer gewissen Nothlage der Kohlenindustrie gegebenen Ausnahmetarife schaden allerdings anderen Industriezweigen, und es ließe sich daher wohl ermaßen, ob nicht die Ausnahmetarife im Allgemeinen zu beseitigen wären. Ich glaube auch kaum, daß Herr Freiherr von Stumm von der preussischen Regierung eine ablehnende Antwort erhalten würde, wenn er anfragte, ob sie mit einer Beseitigung der Ausnahmetarife einverstanden sei. So weit gehen wir nun allerdings nicht, wir wollen eben weiter nichts als Ausnahmetarife, wie sie für den Export inländischer Kohlen bestehen, in manchen Relationen auch für den Import fremder Kohlen einführen. Zweitens wünschen wir eine allgemeine Ermäßigung der Kohlentaxen, denn kein anderer Tarif bedarf einer Ermäßigung so dringend, wie die Kohlentaxen. Es würde damit eine Ermäßigung der Kohlenpreise möglich sein, welche namentlich der Industrie zu Gute käme. Unser Antrag ist darum ebenso zweckmäßig wie er zeitgemäß ist. Ueber den Termin der Einführung billigerer Tarife ließe sich reden, alsbald soll ja nur eine Untersuchung über diese Frage angestellt werden und derartige Untersuchungen ziehen sich ja meist Monate lang hin. Der jetzige Moment ist günstig, weil die finanziellen Verhältnisse den Eisenbahnen jetzt eine Tarifiermäßigung möglich machen. Das übrigens besondere Ausfälle entstehen würden, bezweifle ich, jedenfalls würden sich dieselben in wenig Jahren ausgleichen. Dazu kommt noch, daß man jetzt vor die Möglichkeit gestellt ist, die Tragfähigkeit der offenen Güterwagen mit geringen Kosten von 10 auf 15 Tonnen zu erhöhen. Auch dieser Umstand würde zu Gunsten einer Tarifiermäßigung sprechen. Ich bitte, unserem Antrage zuzustimmen.

Abg. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Was das Verlangen nach einer Enquete wegen Ermäßigung der Kohlentaxen betrifft, so schließe ich mich hier den Ausführungen des Herrn Freiherrn von Stumm an. Die Forderung, die Exporttarife auch auf den Import anzuwenden, halte auch ich für insonsequent. Es würde ja dann die ausländische Kohle billiger befördert werden, als ein großer Theil der inländischen Kohle. Von den Exporttarifen hat übrigens auch der inländische Konsum Vortheil, so z. B. Opreußen beim Bezug von oberschlesischer Kohle. Eine allgemeine Tarifierabsetzung ist Sache der Einzelstaaten, und an und für sich hätte ich nichts dagegen einzuwenden, wenn die Rentabilität der Eisenbahnen eine entsprechende. Nur glaube ich, daß man dann genereller vorgehen, und die Herabsetzung der Tarife beispielsweise auch bei Getreide anwenden müßte. Noch einige Worte über den ersten Gegenstand unserer Besprechung. Ich freue mich, daß Herr Frhr. v. Stumm sich mit Einführung einer Normalzeit weitgehend einverstanden erklärt, wenn dieselbe in militärischen Interessen notwendig erschiene. Uebrigens halte ich die in Bezug auf die Normalzeit geäußerten Besorgnisse für unbegründet. Leben wir doch beispielsweise jetzt im Februar eine Viertelstunde vor, im November eine Viertelstunde nach Sonnenzeit. Ich glaube, nach kurzem würde sich Jeder an die Normalzeit gewöhnen haben.

Abg. Hammacher (nall.): Herr Richter hat den Verbrauch Deutschlands an Steinkohle auf 80 Millionen Tonnen jährlich angenommen. Dies ist nach den statistischen Nachrichten unrichtig. Im Jahre 1888 betrug die Produktion in Deutschland 65 Millionen, die Einfuhr 3½ Millionen, die Ausfuhr 10½ Millionen, der Verbrauch an Steinkohlen in Deutschland demnach 58 Millionen. Was übrigens die von Herrn Richter angeführte Bekämpfung der Mehrproduktion der Zechen im

Anfrage nach meinem Gefühl ein Vorwurf gegen den Herrn Präsidenten liegt. Wenn ich durch meine Zwischenfragen den Zeugen tatsächlich vorwärts hätte, würde der Herr Vorsitzende sicherlich intervenieren haben. Es ist dies nicht geschehen, wie ich zu meiner Genugthuung konstatiere. Einer Rüge des Herrn Präsidenten füge ich mich gern; ich unterziehe mich aber nicht der Disziplin der königlichen Staatsanwaltschaft. — Präsident: Ich fühle mich von keiner Seite verletzt; ich belohne nur, daß es die Regel ist, daß der Vorsitzende die Fragen an die Zeugen richtet. Da der direkte Fragestellung wiederprochen worden ist, werde ich wiederum das Recht der Fragestellung übernehmen; das Recht, Anträge zu stellen, hat ebensowohl die Verteidigung, als die Staatsanwaltschaft.

Die Vernehmung des Zeugen Wimmers wird darauf fortgesetzt, und R. A. Lenzmann bittet, demselben folgende Fragen vorzulegen (die Fragestellung geschieht durch den Präsidenten): An welchen Polizeibeamten haben Sie Bericht erhalten? — Zeuge: An Polizeikommissar Rammhoff. — Lenzmann: Schriftlich oder mündlich? — Zeuge: Schriftlich, öfter auch mündlich. — Lenzmann: Hat Herr Rammhoff Ihre Mittheilungen direkt aufgeschrieben und Ihnen dann vorgelesen? — Zeuge: Nein, nicht vorgelesen. — Lenzmann: Haben Sie der Polizei irgendwie erfundene, entstellte oder unwahre Berichte geliefert und haben Sie dieselben immer aus eigener Wahrnehmung gehabt, oder auch von Anderen. — Zeuge: Ich habe nach bestem Wissen nichts Unwahres berichtet. Meine Mittheilungen die ich machte, waren theilweise auch von Anderen, doch habe ich dies dann stets dabei gesagt. — Präsident: Hat Rammhoff Ihnen mal gesagt, Sie sollen provozieren? — Zeuge: Nein. — Präsident: Hat er Ihnen gerathen, nur wahre Berichte zu liefern? — Zeuge: Ja.

Harm: Ich bitte, den Zeugen zu fragen, ob er die Personen, von denen er seine Berichte hat, nicht nennen will? — Der Präsident glaubt, daß diese Frage nicht beantwortet werden würde, und lehnt es daher ab, zu fragen. — R. A. Lenzmann unterstügt die Fragestellung Harms im Interesse der Wahrheit; der Zeuge dürfte die Auskunft auch nicht verweigern, weil er nicht Beamter sei. Der Staatsanwalt bittet die Frage nicht zu stellen. Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück und verkündet sodann seinen Beschluß, den Zeugen noch seinen Gewährsmännern zu fragen, da dies vielleicht zur Aufklärung dienen könne. — Präsi.: Wer sind die Andern? — Zeuge: Hausmann hat mir zuweilen etwas erzählt. — Präsi.: Hausmann auch im Dienst der Polizei und hat er gewußt, daß Sie der Polizei Berichte lieferten? — Zeuge: Ob auch Hausmann im Dienste der Polizei stand, weiß ich nicht, mir hat er gelegentlich verschiedene Dinge erzählt, ohne daß er wußte, wozu ich die Mittheilungen gebrauchte. — Präsi.: Haben Sie der Polizei über Besammlungen von Komites berichtet? — Zeuge: Nein. — Dr. Schweiger: Ist es richtig, daß Sie noch bei Rammhoff waren, als der Prozeß schon im Gange war? — Zeuge: Ja, ich bin zu ihm gegangen, als ich die Vorladung bekam; ich glaube, daß ich nichts mit dem Prozeß zu thun bekommen würde und erkundigte mich deshalb. Rammhoff sagte mir, daß ich als Zeuge geladen sei und nun die reine Wahrheit sagen müsse. — Rechtsanwält Lenzmann fragt, wie es komme, daß der Zeuge schon seit Mai d. J. nicht mehr arbeite? Zeuge erklärt, daß er an einer starken Augenentzündung leide und jetzt nur vom Krankengelde lebe. — Lenzmann: Wann haben Sie den letzten Bericht an die Polizei geliefert? — Zeuge: Das ist sehr lange her, ungefähr 1 1/2 bis 2 Jahre. — Lenzmann: Ist Hausmann der Genuß, von dem Sie Mittheilungen erhalten, die Sie der Polizei brachten? — Zeuge: Ja. — Lenzmann: Hat der Polizeikommissar außer Ihnen noch Gewährsmänner? — Zeuge: So viel mir bewußt, nein.

Zeuge Eduard Grischen, Faktor in der Druckerei der „Freien Presse“ (vereidigt): Seit Ende Februar 1888 bin ich in der Druckerei Grimpe's. Das „Gedenblatt“ kann nicht dort gedruckt sein, weil die Typen dazu dort nicht vorhanden sind.

Zeuge Schumann, Maschinenmeister in der „Freien Presse“ (vereidigt): Seit 1. Februar 1888 bin ich in Grimpe's Druckerei. Die Typen des „Gedenblatt“ sind in der Druckerei nicht vorhanden. Wo das Blatt gedruckt ist, habe ich nie gehört. Die Einrichtung in der Druckerei ließ es nicht zu, daß in meiner Abwesenheit etwas gedruckt wurde, ohne daß ich es bemerkt hätte.

Zeuge Schenk, Schuhmacher in Elberfeld (vereidigt): Von Konditor Finkle habe ich einmal einen Kalender für 50 Pf. gekauft. Finkle hat sich niemals über den Kaiser ausgelassen. Müller ist, wie ich von dem Vater eines Kindes gehört, entlassen worden, weil er sich gegen das Kind vergangen. Müller hat gesagt, er wolle Finkle einen Streich spielen. Geheime Zusammenkünfte bei Finkle habe ich nicht bemerkt.

Auf das weitere Zeugnis Berle's wird verzichtet.

Zeuge Pittscher, Fabrikarbeiter zu Elberfeld (vereidigt): Das „Glaubensbekenntniß“ wurde für 10 Pf. verkauft, bei einem Auszug der „Ebederlust“. Den „Kein Teufel“ sah ich bei August Wimmers, der es mich leihen ließ, aber nicht mitgeben wollte. Das „Glaubensbekenntniß“ sah ich auch bei einem Formier.

Zeuge Simmer, Schriftfeger in Elberfeld (vereidigt): Ich war in Berle's Druckerei; ob dort das „Glaubensbekenntniß“ gedruckt wurde, kann ich nicht sagen. Otto Brill wollte es drucken lassen, aber Berle wies ihn ab. Strin erzählte mir, daß er ein „Glaubensbekenntniß“ bei Finkle gekauft hatte. Daß Stein oft betrunken war, habe ich nicht gesehen.

Zeuge Rudolf Schürmann, Fabrikarbeiter zu Elberfeld (vereidigt): Von der Verbreitung des Flugblattes „An das Volk“ habe ich gehört. Ich verweigere die Auskunft darüber, ob es verbreitet. Wer es verbreitet, weiß ich nicht. Von Weyer'stahl habe ich mehrere Blätter erhalten.

Der Präsident verliest ein Schreiben des Oberbürgermeisters von Elberfeld, wonach dem Kommissar Rammhoff und dem Sergeanten Jädel untersagt wird, ihre Gewährsleute zu nennen, oder ob diese Geld empfangen.

Die Verteidigung macht darauf aufmerksam, daß den am Prozeß Beteiligten der Beschwerdeweg zustehe.

Zeuge Emil Schürmann, Fabrikarbeiter zu Elberfeld (vereidigt): Das „Gedenblatt“ erhielt ich am Tage nach dem Tode Kaiser Wilhelms von einem Unbekannten, Weyer'stahl nannte ihn Müller. Der Angeklagte Müller war das nicht.

Zeugin Frau vom Wege aus Elberfeld (vereidigt): Von der Frau Bachmuth habe ich gehört, daß ihr Mann Schriften hatte.

Zeuge Wildführ, Schriftfeger in Elberfeld (vereidigt): Ich war in Berle's Druckerei; von dem Druck des „Glaubensbekenntniß“ weiß ich nichts. Ich habe nur von Bog und Stein darüber gehört. Es ist möglich, daß Berle mich vor den Stein gewarnt. Stein hatte manchmal Montags einen Stein „Affen“. Umgefallen ist er meines Wissens nicht.

Auf die Vernehmung der weiteren geladenen Zeugen wird verzichtet.

Das Verhör der Angeklagten beginnt.

Weber Adolph: Den „Soz.“ erhielt ich. Ich glaube, daß ich berechtigt war, den „Soz.“ zu halten. An Wiskel ließ ich ihn adressieren.

„Gedenblatt“ habe ich nur gehört. An der Wahl eines Kongreßdelegirten nahm ich nicht Theil. Bei Siehr verkehrte ich, aber nicht regelmäßig. Ich halte meine Angaben bezüglich des Paketes aufrecht. Die Kleidung und dessen Frau zu ihrer Auslage kommen, weiß ich nicht; es kann eine Verwechslung vorliegen. Ich würde doch nicht wochenlang vorher die Ankunft eines solchen Paketes ankündigen. Ich hatte nur ein Exemplar des Kongreßberichtes bestellt, aber zwei erhalten, lange vor dem Verbot.

Buchbinder Weber aus Apolda: Ich bin Sozialdemokrat. Von der Ankunft eines Paketes aus Rendsburg kann ich nichts wissen, da ich zu viel zu thun hatte. Ich entsinne mich gar nicht an das Paket.

Präsident: Es wurden in Rendsburg seiner Zeit eine ganze Anzahl Pakete ausgegeben.

Weber Berend zu Elberfeld: Ich bekam die sechs Gedenblätter von einem Manne und sagte meiner Frau, sie sollte sie verbrennen, was nicht geschah. Vom „Chemnitzer Konkretprozess“ hatte ich Heft 1 und 2. Vom der Erlös zu Gute kam, weiß ich nicht. Wie viel ich für das „Liederbuch“ gab, weiß ich nicht. Das „Glaubensbekenntniß“ habe ich in mein Notizbuch nach Dilat eines Unbekannten geschrieben, als ich einmal angekränkt war.

Präsident: Der „Chemnitzer Konkretprozess“ ist nicht verboten.

Georg Bertram, Fabrikarbeiter in Elberfeld: Bei Neumann war ich jeden Sonnabend, auch in der Woche. Zu Neumann ging ich, um Auskunft in Krankentassenangelegenheiten zu erhalten. Von den Flugblättern weiß ich nichts, als daß Rammhoff mir nach der Verhaftung ein solches zeigte. Sozialdemokrat bin ich.

Johann Bierenfeld, Schreiner zu Barmen: Eine Nummer des „Soz.“ hatte ich. Die anderen bei mir beschlagnahmten Schriften (darunter die „Glaubensbekenntnisse“) waren in einem Paket, das ich von einem Unbekannten zur Aufbewahrung erhalten. Von dem Inhalt des Paketes wußte ich nichts. Von Jmlau erhielt ich die Sammelliste für die Streikenden der Luther'schen Maschinenfabrik in Braunschw. Das der Zettel mit „Wintermärchen“ und „Lieder“ bedeutet, weiß ich nicht. Die Zahlen beziehen sich auf meine Wochenausgaben. „Ortel“ ist eine Adresse, die ich mir wegen der Notizkalender aufschrieb. Ortel habe ich hier erst persönlich kennen gelernt. Auf dem Kongreß in St. Gallen war ich auf eigene Kosten. Circa 25 M. fehlten mir, die ich von einem Freunde lieh. Davon habe ich die 20 M. erübrigt und zurückgegeben. Die 5 M. blieb ich schuldig. Wie Weber von den 20 M. erfahren, ist mir unklar. Ich fragte wegen des Parreitag bei Grillenberg an, der mir den Tag der Abfahrt angab.

Staatsanwalt: Grillenberg hat also eine Marschrouten gegeben?

Bierenfeld: Eine Marschrouten bekam ich nicht. In Ollen erfuhr ich erst, daß der Kongreß in St. Gallen sein soll.

Rechtsanwalt Lenzmann: Bebel hat bereits erklärt, daß der Ort des Kongresses geheim blieb, um diplomatische Intervention zu verhindern.

Rechtsanwalt Schweiger: In dem Bericht des Kommissars Wiking steht wörtlich, daß Bierenfeld sich erboten, auf eigene Rechnung zum Kongreß zu gehen.

Bierenfeld: Es ist möglich, daß ich an den Zeugen Müller Schriften gegeben, worin der „Sozialdemokrat“ war. Kalender habe ich noch zu Hause liegen; um meine Kosten zu decken, habe ich die andern etwas theurer verkauft. An Harm habe ich nur einmal Geld geliefert, für Hascleover.

Polizeikommissar Rammhoff erscheint im Gerichtssaal.

Bierenfeld: Wie Thielmann dazu kam, über mich Notizen zu machen, weiß ich nicht. 138 M. habe ich an ihn gegeben, für den Hascleoverfonds.

Thielmann: Die Notizen auf dem Zettel beziehen sich auf Kalender und den Hascleoverfonds. Es waren „Neue Welt-Kalender“.

Bierenfeld: „Neue Welt-Kalender“ hatte ich von Thielmann. Diese habe ich weiter verkauft. Ich hatte viele Listen für den Schreinerstreik.

R. A. Lenzmann wünscht Einsicht in die bei Bierenfeld gefundene Liste. Der Herr Vorsitzende hatte einen Kalender von Bierenfeld, also wird die Liste die Abnehmer des Kalenders enthalten und nicht die Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Zeuge Görgen, Metzger der „Freien Presse“ (vereidigt): Ich bin seit August 1887 in der Druckerei der „Freien Presse“. Das „Gedenblatt“ kann nicht dort gedruckt sein, da die dazu verwendete Schrift nicht vorhanden ist.

Heinrich Bleibtreu, Fabrikarbeiter zu Elberfeld: Bis 1884 war ich Abonnent des „Soz.“ Wegen der Notiz „O. B.“ im Briefkasten des „Soz.“ bezog ich die Ladung von Hermann Borchardt in Barmen. Den Zeugen August Wimmer habe ich in eine Versammlung mitgenommen, wo es sich um die Wahl der Revisoren der Wahlrechnung handelte. Es war bei Wirth Hof in der Kohlstraße. Müller hat aber dort nichts verlesen. Nur ein einziges Mal habe ich Wimmers mitgenommen. Ernst Leicht kann bezeugen, daß Müller nichts vorgelesen hat. In der Versammlung wurde die Abrechnung der Wahl geprüft. Ich glaube, Volander war der Kassirer. Es ging das Gerücht, jemand, ich glaube Jmmath, hätte was unterschlagen, und deswegen sollten Revisoren gewählt werden. Wenn Wohlgelehrter erübrigt werden, kommt es vor, daß die Ueberbühse nach Zürich zum Wahlfonds geschickt werden.

Müller: Ich habe nach Zürich nichts geschickt, aber zu Stichwähler wurde an andere Orte Geld geschickt.

Bleibtreu: Eine Vertrauensmännerversammlung war es nicht; Wimmers war doch kein Vertrauensmann.

Eduard Bollmuth, Fabrikarbeiter in Elberfeld: Die Nummer 13 des „Soz.“ von 1888 hatte ich nicht im Besitz. Das Bild Lassalles hatte ich gekauft.

Rechtsanwalt Lenzmann: Es ist festgestellt, daß die Frau Bollmuth den Polizeibeamten auf die Nummer des „Soz.“ aufmerk machte.

Huberl Bongarts, Fabrikarbeiter zu Sonnborn: Die Kongreßberichte habe ich von einem Unbekannten; verkauft habe ich keine.

Severin Breuer, Schuhmacher zu Köln: Drüge, an den Pakete adressirt waren, war bei mir als Gefelle; er war ein Käufer und meine Frau nahm deswegen kein Paket für ihn an. Er sagte mir nach der Hausführung einmal, daß er ein Paket erhalten und verbrannt habe. Von einem andern Paket weiß ich nichts, auch meine Frau nicht. Mit der Arbeiterpartei spana hütete ich. Ost wurde ich als Freimaurer bezeichnet; ich arbeite frei. Die „Londoner Freie Presse“ habe ich erhalten mit dem Vermerk, sie sei nicht verboten. Ein mir nicht näher bekannter Schreiner gab sie mir.

Rechtsanwalt Lenzmann: Die „Londoner Freie Presse“ war damals nicht verboten.

Otto Brodersen, Schuhmacher zu Barmen: Abonnent des „Soz.“ war ich nicht; ab und zu fand ich vor meiner Thüre ein altes Blatt. An geheimen Versammlungen habe ich mich nie betheiligt, auch nicht an Sammlungen. Die Buchstaben „Vrd.“ auf Thielmanns Zettel bedeuten meinen Namen nicht.

Thielmann weiß nicht, was die Buchstaben bedeuten.

Brodersen: Ich hatte nie mit Thielmann in Geldangelegenheiten zu thun.

Heinrich Dübenger, Fabrikarbeiter zu Barmen: An den Sammlungen für Hascleover habe ich mich betheiligt. Ich habe annähernd 200 Kalender verkauft und das Geld ratenweise an Thielmann abgeliefert.

Thielmann: Ich habe die Raten zusammengestellt; die Notizen waren nur für mich selbst bestimmt; ich wollte wissen, wie viel Geld ich abzuführen hatte.

Dübenger: Das Geld für Hascleover habe ich an Thielmann abgeliefert.

Präsident: Thielmann spricht doch eine Art Reklame gewesen zu sein.

Harm: Thielmann war Wohlfahrter und so sind die Herren mit ihm bekannt geworden.

Theodor Cordes, Schlosser zu Elberfeld: Gedenblatt hat nicht bei mir Flugblätter bestellt. Empfänger des „Sozialdemokrat“ war ich bis vor drei Jahren; zugesandt erhielt ich ihn noch später. Bezahlt habe ich den „Sozialdemokrat“ früher an einen Agenten für Spielbollen aus der Schweiz. Später bezahlte ich an einen Vertreter des Agenten, der mir unbekannt war, der mußte, wieviel Nummern ich erhalten und zu bezahlen hatte. Zuletzt habe ich vor drei Jahren bezahlt. (Auf Verlangen des Staatsanwalts): Der Erstgenannte ist Agent für Musikwerke.

Emil Dakig, Sattler zu Elberfeld: In Blankenheim war ich, verkehrte auch bei Siehr und Schäffer. In der Notizbuch Salzbergs kam meine Adresse auf darmische West-Abonnent des „Sozialdemokrat“ bin ich nicht.

Otto von Etern, Fabrikarbeiter zu Barmen: In Lingenhaus war ich. Den „Sozialdemokrat“ halte ich nicht. Von geheimen Versammlungen, Lokalkomitees u. weis ich nichts.

Rechtsanwalt Lenzmann: Ist der Staatsanwalt freundlich, den Beschwerdeweg gegen den Bescheid des Oberbürgermeisters zu beschreiten, damit es event. schneller geht.

Staatsanwalt: Ich habe keinen Anlaß dazu.

Rechtsanwalt Lenzmann: Das genügt mir.

Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt.

Soziale Uebersicht.

Die Maschinenfabrik Jugoburg wird für dieses Jahr eine Dividende von 23 pCt. gegen 21 pCt. im Vorjahre theilen. Wir haben noch nicht gehört, daß die Leitung der blühenden Etablissements oder die Aktionäre, zu welchen die Gattin eines von den Liberalen sehr gefeierten bayrischen einflussreichen Staatsmannes gehört, den Antrag stellen werde, die Lohnsätze der Arbeiter entsprechend diesem kolossalen Profit zu erhöhen.

Der Niedergang des Handbetriebes ist unaufhaltsam. Der Jahresbericht der Grafenberger Handwerkskammer für 1888 weist u. a. darauf hin, daß der Verbrauch in Garnen für Handwebstuhl-Sammere sehr unbedeutend gewesen ist und immer mehr zurücktritt, während Garnen für den mechanischen Stuhl in guter Nachfrage waren. Die Fabrik, das Großkapital verdrängt den Kleinmeister, die Hausindustrie und der deklassirte Webermeister zieht herab ins Proletariat. Er mag nur seinen Stuhl, der sich leicht in Trümmer schlagen und in die Fabrik geben. Das ist ein Zeichen für den Fortschritt des Proletariats und ein Beweis dafür, daß die soziale Umgestaltung der Dinge und ein Wandel vor sich geht.

Versammlungen.

Große Militärschneider-Versammlung am Freitag den 8. d. d. Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Central-Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter „Vorkamp“ (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.

Allgemeine Kranken- und Sterbeshilfe der Metallarbeiter (8. u. 9. Hamburg), Berlin 1. Sonntag, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr, in der Bergstraße 3 Salon, Alte Jakobstr. 40a. Tagesordnung: Wahl der Ordre-Comité. Es ist Pflicht der Teilnehmer, welcher auf Uniformen arbeitet, dazwischen einzutreten.